



PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Wahlprogramm der Tierschutzpartei in Leichter Sprache

MENSCH

1. Soziale Gerechtigkeit

1.1 Inflation und steigende Lebenshaltungskosten

1.1.1 Inflationsausgleich Die Inflation ist gestiegen. Das macht das Leben teurer. Wir wollen, dass jeder Mensch mehr Geld bekommt, um das auszugleichen. Das ist eine einmalige Zahlung. Wir wollen auch höhere Löhne, niedrigere Mieten und weniger Steuern.

1.1.2 Mehrwertsteuer / Umsatzsteuer Die Mehrwertsteuer auf viele Dinge ist 19 %. Das ist für Menschen mit wenig Geld schwer. Wir wollen die Mehrwertsteuer für Fleisch auf 19 % erhöhen. Gesunde Lebensmittel und Menstruationsartikel sollen weniger Steuern haben, nur 7 %. Langfristig sollen gesunde Lebensmittel gar keine Steuern haben. Die Preise für Lebensmittel sollen festgelegt werden.

1.2 Arbeit

Gleichberechtigung und Fairness Jeder Mensch soll die gleichen Chancen auf Arbeit haben. Egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe oder Herkunft.

1.2.1 Arbeitsplätze sichern Menschen, die arbeiten wollen, sollen arbeiten dürfen. Auch Arbeitslose und Geflüchtete. Wir wollen keine Firmen unterstützen, die schlecht wirtschaften und ihre Mitarbeiter schlecht behandeln.

1.2.2 Neue Arbeitsplätze schaffen Es gibt viele offene Stellen. Die Regierung soll neue Arbeitsplätze schaffen. Zum Beispiel in der Infrastruktur, im Bau von erneuerbaren Energien oder in der Verwaltung.

1.2.3 Löhne Menschen, die arbeiten, sollen genug Geld zum Leben haben. Wir wollen, dass die Lohnsteuer gesenkt wird. Der Mindestlohn soll auf 18 € steigen. Alle Menschen sollen gleich viel verdienen, egal welches Geschlecht. Der Mindestlohn soll regelmäßig angepasst werden, damit die Menschen gut leben können.

1.2.4 Übergewinne und Gehaltsobergrenze Firmen sollen nicht zu viel Gewinn machen, besonders nicht auf Kosten der Mitarbeiter und der Umwelt. Wir wollen, dass es eine Grenze gibt, wie viel Geld ein Manager verdienen darf. Diese Grenze soll das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen sein. Firmen, die zu viel Gewinn machen, sollen mehr Steuern zahlen.

1.2.5 Arbeitnehmer:innenrechte

1.2.5.1 Arbeitszeitmodelle Der Arbeitsmarkt verändert sich. Wir wollen moderne Arbeitszeiten, wie eine 4-Tage-Woche oder eine 35-Stunden-Woche. Das hilft den Menschen, gesund zu bleiben und Beruf und Privatleben besser zu verbinden. Auch Homeoffice soll möglich sein.

1.2.5.2 Bildungsurlaub Alle sollen das Recht haben, sich weiterzubilden. Das heißt, Menschen können sich für einige Tage im Jahr freistellen lassen und werden dabei weiter bezahlt.

1.2.5.3 Recht auf Sabbatjahr Menschen sollen das Recht auf ein Jahr Pause von der Arbeit haben. Dieses Jahr kann zur Weiterbildung, Erholung oder für die Familie genutzt werden. Das Einkommen soll durch Sparmodelle oder staatliche Unterstützung gesichert werden.

1.2.5.4 Arbeit als sinnstiftende Tätigkeit Die Arbeit soll den Menschen Spaß machen und sinnvoll sein. Wir wollen, dass die Menschen ihre Kreativität einbringen und an Entscheidungen beteiligt werden.

1.2.6 Gewerkschaften, Tarife und Verhandlungen Wir unterstützen Gewerkschaften, die für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen. Tarifverträge sollen für alle Firmen verbindlich sein. Das Tariftreuegesetz soll dafür sorgen, dass Firmen, die öffentliche Aufträge erhalten, faire Löhne zahlen.

1.2.7 Arbeitslosengeld Menschen, die nicht arbeiten können, sollen Unterstützung vom Staat bekommen. Jeder Mensch hat das Recht auf

ein Existenzminimum. Menschen, die trotz Arbeit wenig verdienen, sollen besser bezahlt werden.

1.2.8 Ausbildung Ausbildungsberufe, wie Pflege oder Handwerk, sollen mehr gefördert werden. Junge Menschen sollen einen passenden Ausbildungsplatz bekommen. Auch neue Berufe, wie in der Öko-Landwirtschaft, sollen gefördert werden.

1.2.8.1 Ausbildungsgarantie und Mindestvergütung Jeder junge Mensch soll eine Ausbildung machen können, ohne finanzielle Sorgen. Die Ausbildung soll kostenlos sein und Fahrt- und Übernachtungskosten sollen übernommen werden.

1.2.8.2 Vegane Ausbildungsgänge In der Gastronomie sollen mehr vegane Ausbildungsgänge angeboten werden.

1.4 Armut und soziale Gerechtigkeit

Die Schere zwischen Arm und Reich Die Kluft zwischen reichen und armen Menschen wird größer. Firmen wie VW geben viel Geld an Aktionäre. Mitarbeiter verlieren ihre Jobs. Wir wollen eine faire Gesellschaft, in der es solche Ungleichheiten nicht gibt.

1.4.1 Altersarmut Niemand soll trotz Arbeit arm sein. Nach einem langen Arbeitsleben soll niemand in Altersarmut leben. Diese Menschen verdienen unseren Respekt und eine gute Rente.

1.4.2 Kinderarmut

1.4.2.1 Kindergrundsicherung Wir wollen eine Grundsicherung für Kinder. Diese soll unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden. So sollen armutsbetroffene Kinder gut leben können.

1.4.2.2 Kinderrechte Kinderrechte sollen ins Grundgesetz. Junge Menschen sollen mehr in politische Prozesse einbezogen werden, zum Beispiel in Jugendparlamenten. Kinder sollen Zugang zu allen Familienmitgliedern haben. Jugendämter brauchen mehr Personal und Geld, um Kinder gut zu schützen. Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt sollen ausgebaut werden.

1.4.2.3 Kostenlose Betreuungs- und Freizeitangebote Es sollen mehr kostenlose Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche geben. Langfristig sollen Kitas, Schulen und andere Betreuungsangebote kostenlos sein.

1.4.3 Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit Menschen, die auf der Straße leben, brauchen mehr Hilfe vom Staat. Sie können oft keine Termine wahrnehmen, weil sie kein Geld für Tickets haben. Mehr Hilfe für diese Menschen entlastet das System und hilft ihnen, wieder in ein geregeltes Leben zu finden. Es bewahrt sie auch vor einem "Langzeit-Suizid".

1.4.4 Einkommensabhängige Staffelung von Bußgeldern und Verwaltungsgebühren Bußgelder und Gebühren sollen sich nach dem Einkommen richten. So sind sie für alle Menschen fair. Menschen mit wenig Geld sollen bei Behördengängen nicht benachteiligt werden. Einkommensnachweise der letzten drei Monate oder der letzte Steuerbescheid sollen als Grundlage dienen.

2. Migration & Integration

2.1 Flucht und Asyl

Flucht ist nie freiwillig Menschen fliehen nicht freiwillig. Wir wollen eine menschliche Asylpolitik in Deutschland und die Genfer Flüchtlingskonvention einhalten. Die Regierung soll auch die Ursachen von Flucht bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat sicher und gut leben können.

2.1.1 Sichere Fluchtwege schaffen Sichere Fluchtwege sind wichtig, um Menschen vor Krieg, Verfolgung und Krisen zu schützen. Diese Wege sollen sie vor gefährlichen Routen und Schleppern bewahren. Deutschland soll Programme zur Aufnahme von Schutzbedürftigen und legale Arbeits- und Bildungswege unterstützen.

2.1.2 Sicherer Hafen Deutschland Deutschland soll humanitäre Verantwortung übernehmen und gegen strenge Flüchtlingspolitik sein. Der Staat soll mehr geflüchtete Menschen aufnehmen und schützen, auch mehr als gesetzlich vorgeschrieben. Es soll mehr in Sozialarbeit investiert werden, um ein gutes Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen zu fördern.

2.1.3 Anerkennung von Asylgründen Menschen haben gute Gründe zu fliehen, und diese müssen wir anerkennen. Gewalt an Frauen, Naturkatastrophen, Klimafolgen, Diskriminierung, Religion, Krieg und Gesundheit sollen als Asylgründe anerkannt werden. Deutschland als reiches Land im globalen Norden soll Verantwortung übernehmen.

2.1.4 Seenotrettung Jedes Jahr sterben Tausende Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer oder gehen verschollen. Auch Deutschland muss sich für Seenotrettung einsetzen und andere europäische Länder unterstützen. Es soll wieder staatliche Rettungsmissionen und Unterstützung für NGOs geben. Die Grenzsicherungsagentur Frontex soll durch eine Rettungsagentur ersetzt werden.

2.1.5 Bleiberecht für Syrer:innen Auch nach dem Sturz des Assad-Regimes sollen die Rechte der Menschen gewahrt bleiben. Viele Geflüchtete haben sich in Deutschland ein Leben aufgebaut. Sie sollen selbst entscheiden, ob sie in ihre Heimat zurückkehren möchten und bei dieser Entscheidung unterstützt werden.

2.2 Menschliche Asylpolitik

Asylpolitik Unsere Asylpolitik muss die Menschenrechte und die Würde der Geflüchteten respektieren. Solidarität, Humanität und Rechtsstaatlichkeit sind wichtig im Umgang mit Schutzsuchenden.

2.2.1 „sichere Herkunftsländer“ Das System der „sicheren Herkunftsländer“ soll abgeschafft werden. Es erleichtert nur die Ablehnung von Asylanträgen und hilft den Menschen nicht. Wenn ein Land für eine Person sicher wäre, müsste sie nicht fliehen.

2.2.2 Abschiebungen Abschiebungen sind teuer und unmenschlich. Probleme sollten nicht auf andere Länder abgewälzt werden. Kriminelle Personen sollten im jeweiligen Land zur Rechenschaft gezogen werden. Unser Strafvollzugssystem setzt auf Rehabilitation und Resozialisierung.

2.2.3 Bezahlkarte Eine Bezahlkarte ist problematisch und diskriminierend. Sie zwingt Geflüchtete, sich auszuweisen und setzt sie Rassismus aus. Bezahlssysteme müssten aufwändig installiert werden. Geflüchtete könnten schwer reisen und am Alltag teilnehmen. Eigene Konten, Bargeld und Eigenverantwortung sind bessere Lösungen.

2.2.4 Asylanträge Asylanträge sollen weiterhin in Deutschland gestellt werden dürfen, nicht nur im ersten europäischen Ankunftsland. Das entlastet Küstenstaaten und verteilt Geflüchtete gerecht auf alle Mitgliedsländer. So können sie besser in die Gesellschaft integriert werden.

2.3 Integration

Integration Vorurteile gegen Menschen mit Migrationsgeschichte entstehen oft, weil sie nicht genug Möglichkeiten zur Integration haben. Menschen, die keine Chance haben, sich einzubringen, können sich schwer als Teil der Gesellschaft fühlen. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente Förderung der Integration ein. Alle, die in Deutschland leben möchten, sollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

2.3.1 Deutschkurse Ohne Sprache keine Integration. Deutsch ist keine einfache Sprache. Wir müssen Anderssprachigen eine echte Chance geben, sie zu lernen. Es soll unterschiedliche Deutschkurse geben, je nach Herkunftsland und Altersgruppe. Es soll auch Kurse für Eltern geben, bei denen ihre Kinder betreut werden.

2.3.2 Nachweise, Anerkennungen und Integration auf dem Arbeitsmarkt Wir wollen, dass Bildungs- und Ausbildungsnachweise sowie Abschlüsse schneller anerkannt werden. Das ist wichtig, damit Geflüchtete leichter Arbeit finden können. Auch Geflüchtete sollen das Recht haben zu arbeiten.

2.3.3 Unterbringung von Geflüchteten Unterbringung ist wichtig für die Integration. Wir fordern, dass Geflüchtete dezentral untergebracht werden, nicht in großen Sammelunterkünften. So können sie sich besser integrieren und die deutsche Sprache mehr nutzen.

2.4 Migration

Mehr Migration Deutschland braucht mehr Migration. Nicht nur für die Renten, sondern auch für mehr Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Deutschland soll attraktiv für qualifizierte Fachkräfte aus anderen Ländern sein und eine offene Gesellschaft haben.

2.4.1 Fachkräfte Durch den demografischen Wandel brauchen wir ausländische Fachkräfte, um freie Stellen zu füllen. Es braucht eine offene Politik, die ausländische Qualifikationen anerkennt und bürokratische Hürden abbaut. Arbeitsbedingungen sollen attraktiv sein.

2.4.2 Ämter und Behörden Ämter und Behörden sind überlastet. Menschen müssen oft lange warten, um Termine zu bekommen. Wir fordern mehr Mittel für Ämter und Behörden, damit sie entlastet werden. Es soll auch möglich sein, kleine Dinge digital von Zuhause zu erledigen. Die Stellen in den Behörden sollen erweitert werden, damit jeder Mensch schnell Hilfe bekommt.

3. Wirtschaft, Steuern und Rentensystem

3.1 Wirtschaftssystem

3.1.1 Schuldenbremse Die starre Schuldenbremse hindert die Wirtschaft und Verwaltung daran, nachhaltiger zu werden. Wir wollen ein gerechteres Steuersystem, das reiche Menschen mit einbezieht, und mutige Investitionen in die Zukunft, um die Klimapolitik und andere große Herausforderungen zu bewältigen.

3.1.2 Subventionen Subventionen für umweltschädliche oder unethische Industrien und Landwirtschaft müssen sozialverträglich beendet werden. Das Geld, das dadurch eingespart wird, soll zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Weiterbildung der Menschen verwendet werden, die in diesen alten Industrien arbeiten. Arbeitszeit soll zugunsten der Weiterbildung verkürzt werden, und diese Bildungszeiten sollen ohne Lohnkürzung gesetzlich verpflichtend sein.

3.1.3 Staatshaushalt Ein geordneter Staatshaushalt ist wichtig, damit die Aufgaben des Staates erfüllt werden können. Viele Sonderregelungen und Vergünstigungen für Konzerne müssen abgeschafft werden, um Steuervermeidung zu reduzieren. Wir wollen ein gerechtes und einfaches Steuersystem, das die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler berücksichtigt.

3.1.4 Wirtschaft ohne Wachstum Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das sich nicht über Wachstum oder Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern an der Lebensqualität und Zufriedenheit der Bürger:innen. Wir möchten eine Strategie entwickeln, die weniger Konsum fördert und dennoch die Entwicklung der Gesellschaft vorantreibt. Politik soll sich an ethischen Maßstäben orientieren. Das „Glück“ der Bürger:innen soll wichtiger sein als der Gewinn multinationaler Konzerne.

3.1.5 Unternehmen auf dem Land Die Ansiedlung von Unternehmen in strukturschwachen Regionen soll stärker gefördert werden. Arbeitsplätze sollen zu den Menschen gebracht werden, nicht umgekehrt. Moderne Kommunikationstechnik kann dabei helfen.

3.2 Umverteilung

3.2.1 Grundsätze der Umverteilung Unsere Politik will Einkommen, Vermögen und ökonomische Macht gerecht verteilen und

angemessen besteuern. Wir setzen auf vorbeugende Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, um Probleme von Anfang an zu vermeiden.

3.2.2 Erbschaftsteuer In den letzten 10 Jahren wurden 32 Milliarden Euro steuerfrei an 40 Erben, meist Kinder unter 14 Jahren, vererbt. Wir wollen gerechtere Startbedingungen für alle Menschen und die Erbschaftsteuer erhöhen, besonders bei hohen Erbschaften.

3.2.3 Vermögensteuer Menschen mit hohen Millionen- oder Milliardensummen sollen gerecht besteuert werden. Das Geld soll für nachhaltige und soziale Infrastruktur verwendet werden.

3.2.4 Wegzugsteuer Die Wegzugsteuer muss erhalten und erhöht werden. Milliardäre sollen nicht einfach ins Ausland ziehen können, um Steuern zu vermeiden. Wer in Deutschland Profite macht, muss auch für das Gemeinwohl beitragen.

3.2.5 Übergewinnsteuer Übergewinne, die durch zufällige Ereignisse besonders hoch ausfallen, sollen erneut versteuert werden. Das betrifft vor allem den Energiesektor und klimaschädliche Branchen.

3.2.6 Hundesteuer Die Hundesteuer für Hunde aus Tierheimen oder zertifiziertem Tierschutz soll entfallen. Es soll eine Entlastung der Tierheime geben durch behördliche Registrierung, Haftpflichtversicherung und Kennzeichnung (Chip) für alle Hunde. Eine bundesweite Hundeführerschein-Prüfung für alle Halter:innen soll eingeführt werden.

3.2.7 Kirchensteuer

3.3 Gemeinwohlökonomie

Ziele der Gemeinwohlökonomie Wir wollen die Ziele der Gemeinwohlökonomie in der Politik vertreten und weiterentwickeln. Wir stehen für eine nachhaltige und solidarische Wirtschaftsordnung, die ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und transparente Entscheidungen fördert.

3.3.1 Soziale Gerechtigkeit Die Gemeinwohlökonomie setzt sich für eine gerechte Verteilung von Wohlstand und Ressourcen ein. Durch faire Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und soziale Sicherheit können die Unterschiede in Einkommen und Vermögen verringert werden. Das hilft, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen und die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern.

3.3.2 Demokratische Mitbestimmung Die Gemeinwohlökonomie fördert die Mitbestimmung der Bürger:innen in Entscheidungsprozessen. Durch mehr Partizipation, Transparenz und Offenheit wird das Vertrauen in die Demokratie gestärkt und die politische Teilhabe gefördert.

3.3.3 Rechte der Tiere Die Gemeinwohlökonomie erkennt jedes fühlende Lebewesen als Individuum mit natürlichen Rechten auf Unversehrtheit, Freiheit und Wohlbefinden an. Tierausbeutung und Quälerei dürfen nicht durch rechtliche oder wirtschaftliche Gründe erlaubt sein.

3.3.4 Rechte der Natur Die Gemeinwohlökonomie fördert nachhaltige Produktions- und Konsumpraktiken, die die Umwelt schützen und den Klimawandel begrenzen. Durch erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft wird die Umweltbelastung reduziert und die natürlichen Ressourcen geschont. Die Natur soll als Rechtssubjekt anerkannt werden, um sie vor Eingriffen und Zerstörung zu schützen. Begrenzung der Klimawandelauswirkungen gewährleistet auch Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

3.4 Finanzmarktpolitik

Ziel der Finanzwirtschaft Die Finanzwirtschaft soll nicht nur Gewinne für Wenige erzielen, sondern auch das Gemeinwohl fördern und zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen, z. B. durch klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften.

3.4.1 Finanztransaktionssteuer Es soll eine Abgabe auf spekulative Handelsaktivitäten geben, z. B. auf Derivate, Devisenhandel, Aktien, Rohstoffe und andere Finanzinstrumente, um die Finanzmärkte zu stabilisieren. Diese Einnahmen sollen für den Klimaschutz, soziale Sicherheit und andere wichtige Aufgaben genutzt werden.

3.4.2 Finanzspekulationen Hochriskante Finanzspekulationen destabilisieren die Weltwirtschaft. Märkte und insbesondere Finanzmärkte sollen grenzübergreifend stärker reguliert und überwacht werden, um globale Ungerechtigkeiten zu verringern und Armut, Krankheit, Hunger, Konflikte, Umweltzerstörung und Tierleid zu verhindern.

3.5 Rentensystem

Ziele Mittelfristig soll das Rentenniveau deutlich über 50 Prozent liegen, bei einer langfristigen Beitragsobergrenze von 25 Prozent.

3.5.1 Solidarische Altersvorsorge Die Altersvorsorge soll gerechter und solidarischer werden. Jeder Mensch soll entsprechend seinem Einkommen in die Bürgerversicherung einzahlen, auch Abgeordnete, Beamte und Selbstständige. Jeder Mensch soll eine Rente erhalten, die akute Altersarmut verhindert.

3.5.2 Umlagebasierte Rente Die Rente soll umlagebasiert bleiben, aber durch betriebliche Renten ergänzt werden. Ein rein finanzmarktbasiertes Rentensystem lehnen wir ab, da es zu große Risiken birgt.

3.5.3 Private Altersvorsorge Die private Altersvorsorge sehen wir kritisch. Wir wollen das Umlagesystem ausbauen, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen und systemische Risiken zu vermindern. Betriebliche Zusatzrenten können eine wertvolle Ergänzung sein. Der Verbraucherschutz bei Rentenprodukten und die Stabilität der Finanzmärkte sollen stärker in den Fokus rücken.

4. Gesundheitssystem und -wesen

4.1 Pflege

4.1.1 Stärkung der Pflegeberufe Pflegekräfte verdienen mehr als nur Applaus. Wir wollen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern, durch höhere Gehälter, verbindliche Personalquoten und flexible Arbeitszeitmodelle. Die Ausbildung von Pflegekräften soll durch staatlich finanzierte Stipendienprogramme und praxisorientierte Lehrpläne gefördert werden.

4.1.2 Unterstützung pflegender Angehöriger Der Staat soll ein Pflegegeld für Angehörige von kranken Menschen einführen, um sie für ihren Mehraufwand zu entlasten. Unterstützungsangebote wie Kurzzeitpflegeplätze und Pflegekurse sollen gefördert und ausgebaut werden.

4.1.3 Sterbehilfe Wir wollen die Einführung der aktiven Sterbehilfe nach niederländischem Vorbild. Ärzt:innen sollen unter bestimmten Bedingungen bei aktiver Sterbehilfe helfen dürfen:

1. Die Patient:innen müssen ohne Zweifel den Wunsch haben, ihr Leben zu beenden, und unerträglich und aussichtslos leiden.
2. Die Patient:innen müssen sich ihrer Situation bewusst sein und alle weiteren Behandlungsmöglichkeiten ablehnen.
3. Eine weitere Fachkraft muss die genannten Kriterien überprüfen und zustimmen.

4.2 Gesundheit

4.2.1 Versorgung psychisch kranker Menschen Wir wollen eine bessere Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Es soll kürzere Wartezeiten auf Therapieplätze und mehr Therapieplätze geben. Viele Betroffene müssen zu lange warten, was ihre Erkrankung verschlimmert. Die Qualität der Behandlung soll durch spezialisierte Angebote verbessert werden. Es braucht auch mehr niedrighschwellige Angebote wie Krisentelefone, Online-Therapieangebote und Peer-Support-Programme, die frühzeitig helfen können.

4.2.2 Einsamkeit Einsamkeit ist ein wachsendes Problem, das ältere Menschen und junge Erwachsene betrifft. Es sollen Angebote zur Förderung sozialer Kontakte und zur Unterstützung von Alleinlebenden ausgebaut werden. Dazu gehören Nachbarschaftshilfen, Gemeinschaftsinitiativen und digitale Plattformen, die Menschen verbinden. In Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz soll mehr auf soziale Kompetenzen und Wohlbefinden geachtet werden, um Einsamkeit zu verhindern.

4.2.3 Drogen und Konsumräume Drogenkonsum kann gesundheitliche Schäden verursachen, Familien zerstören und zu Kriminalität führen. Aufklärung und Prävention sollen immer an erster Stelle stehen. Suchtberatung, Therapieangebote und Konsumräume sind wichtig, um das Leben von Betroffenen zu retten und sie von öffentlichen Orten in geschützte Umgebungen zu bringen.

4.2.4 Gesunde Ernährung Nahrungsmittel sollen so naturbelassen wie möglich auf den Markt kommen. Alle Bestandteile sollen in verständlicher Sprache deklariert werden. Chemische Zusätze verursachen oft Allergien, besonders bei Kindern. Der Katalog an erlaubten chemischen Zusätzen soll verringert werden. Industriezucker soll aus Babynahrung entfernt werden. Wir befürworten pflanzliche Ernährung aus ethischen und gesundheitlichen Gründen. Das Angebot an gesunden, pflanzlichen Speisen in öffentlichen Einrichtungen wie Kantinen, Mensen, Altenheimen und Krankenhäusern soll erweitert werden.

4.2.5 Tabak- und Alkoholsteuer Gesundheitsschädliche Stoffe wie Tabak, Nikotin und Alkohol sollen höher besteuert werden, um das Gesundheitssystem und die Bevölkerung zu schützen. Länder wie Irland sind ein gutes Beispiel dafür.

4.3 Kliniken und Rahmenbedingungen

4.3.1 Kliniken und Praxen in öffentlicher Hand Gesundheit darf kein Luxus und keine Ware sein. Gesundheit muss keinen Profit machen. Wir setzen uns gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, Kliniken und Praxen ein. Das Gesundheitswesen soll in öffentlicher Hand sein, um Sicherheit zu gewährleisten.

4.3.2 Inklusion und Barrierefreiheit Alle Gesundheitseinrichtungen und -dienste müssen barrierefrei zugänglich sein. Es braucht mehr Angebote für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.

4.3.3 Dezentralisierung Medizinische Versorgung soll dezentral und gut erreichbar sein. Wir möchten Ärzt:innen auch auf dem Land fördern, damit alle Menschen in der Bundesrepublik gut versorgt sind und keine langen Wartezeiten entstehen.

4.3.4 Digitalisierung im Gesundheitssystem Wir wollen die telemedizinische Versorgung, besonders in ländlichen Gebieten, massiv fördern. Menschen sollen schnell und einfach Termine digital vereinbaren können.

5. Außenpolitik

5.1 Grundsätze und Werte unserer Friedenspolitik

Friedenspolitik Die Tierschutzpartei setzt auf Diplomatie, Deeskalation und den Schutz von Mensch, Tier und Umwelt. Kriege und militärische Konflikte zerstören Leben und Umwelt. Konflikte sollen durch Verhandlungen und friedliche Mittel gelöst werden. Eine nachhaltige Außenpolitik fördert globale Gerechtigkeit und erkennt Konflikte frühzeitig, um friedliche Lösungen zu ermöglichen. Wir setzen auf internationale Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, um Frieden zu sichern. Militärische Einsätze sind nur unter strengsten Bedingungen erlaubt, z. B. zur Verhinderung humanitärer Katastrophen.

5.2 Militarisierung und Aufrüstung

5.2.1 Kritik an der Aufrüstung Mehr Militärausgaben und Sondervermögen fördern eine Militarisierung der Außenpolitik. Wir fordern, Militärausgaben in Bildungs-, Umwelt- und Sozialprojekte umzuwandeln. Rüstungsunternehmen sollen höher besteuert werden, besonders wenn sie Gewinne aus Konflikten ziehen.

5.2.2 Einschränkung der Militärforschung

Forschungseinrichtungen, die staatliche Gelder erhalten, sollen keine neuen Waffensysteme entwickeln. Stattdessen fördern wir zivile Forschungsprojekte für nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit.

5.2.3 Selbstverteidigung Wir erkennen das Selbstverteidigungsrecht von Staaten an. Länder, die angegriffen werden, brauchen Solidarität und humanitäre Unterstützung. Waffenlieferungen müssen streng kontrolliert und an menschenrechtliche Auflagen gebunden sein.

5.4 Bundeswehr und Auslandseinsätze

Verteidigungsarmee Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee, deren Hauptaufgabe der Schutz von Frieden und Freiheit ist. Sie kann unter strengen Voraussetzungen an UN-Friedensmissionen teilnehmen, um Menschenleben zu retten und Völkermord zu verhindern.

5.4.1 Strenge Mandate Auslandseinsätze dürfen nur im Rahmen internationaler Kooperationen und wenn möglich unter einem UN-Mandat erfolgen. Internationale Einsätze ohne UN-Mandat sind erlaubt, wenn sie international abgestimmt sind und dem Völkerrecht entsprechen. Diese Einsätze müssen transparent und unter strenger Kontrolle der internationalen Gemeinschaft stehen.

5.4.2 Fokus auf Friedenssicherung Die Bundeswehr soll Aufgaben der Friedenssicherung wahrnehmen, z. B. durch humanitäre Hilfe und Wiederaufbauprojekte.

5.5 Globale Konflikte

5.5.1 Konflikte im Nahen Osten Wir setzen uns für gerechte, friedliche und diplomatische Lösungen der Konflikte im Nahen Osten ein. Alle Beteiligten sollen gleichberechtigt sein. Waffenlieferungen in die Region lehnen wir ab, da sie zu Eskalation und zivilen Opfern

führen. Wir wollen politischen Druck auf die israelische und ägyptische Regierung ausüben, damit Blockaden von Hilfsmittellieferungen beendet werden und die Zivilbevölkerung im Gazastreifen ausreichend humanitäre Hilfe erhält.

5.5.2 Ukrainekrieg Der Konflikt in der Ukraine zeigt die Notwendigkeit eines geeinten Europas und einer starken, diplomatischen Außenpolitik. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich für humanitäre Hilfsprojekte und den Schutz der Flüchtlinge ein. Wir fordern eine Friedensstrategie, die Stabilität in der Ukraine und der gesamten Region gewährleistet. Frieden, Verständigung und internationale Zusammenarbeit sind wichtig für eine sichere Zukunft. Diplomatie, Zusammenarbeit und der Schutz der Menschenrechte müssen die Grundlage für eine friedliche Zukunft sein.

6. Innenpolitik und Sicherheit

6.1 Demokratiebildung

Demokratiebildung Ein lauter Rechtsruck, antidemokratische Fraktionen und scheiternde Regierungen schaden unserer Demokratie. Parteien außerhalb des Bundestages haben es schwer, mitzugestalten. Machtmonopole, Finanzströme und Medienpräsenz werden von den immer gleichen Gruppen genutzt.

6.1.1 Lobbyismus bekämpfen Lobbyismus muss transparent und fair sein. Es soll einen Lobby-Pluralismus geben, damit nicht nur große Akteur:innen der Privatwirtschaft gehört werden, sondern auch Vertreter:innen von Tierschutzverbänden, ökologischen und sozialen Interessenvertretungen oder Friedensinitiativen. Die Lobbymacht der Automobil-, Agrar-, Pharma-, Energie- und Waffenindustrie soll reduziert werden. Parlamente und Ministerien sollen Lobbyregister führen, die alle Lobbyist:innen umfassen.

6.1.2 Förderprogramme zur Demokratiebildung Unsere Demokratie ist in Gefahr. Förderprogramme zur Demokratiebildung und Teilhabe müssen stärker und breiter angeboten und finanziell gefördert werden, um echte Teilhabe der Mehrheitsgesellschaft an der Gestaltung ihrer Zukunft zu gewährleisten.

6.1.3 Absenkung des Wahlalters Demokratie bedeutet aktive Teilhabe an der Politik. Junge Menschen engagieren sich in Parteien, Vereinen und ihrem Umfeld und beweisen politische Reife. Wir setzen uns für ein Wahlrecht ab 16 Jahren ein.

6.1.4 Bürger:innenräte Demokratie soll die Interessen der Mehrheit durchsetzen und Minderheiten unterstützen. Bürger:innenräte können Politiker:innen beraten und inklusivere Lösungen finden. Bürger:innenräte sollen durch ein Losverfahren bestimmt werden. Parlamente sind verpflichtet, sich mit den Stellungnahmen der Bürger:innenräte zu beschäftigen.

6.1.5 Absenkung der 5-Prozent-Hürde Kleinparteien erreichen oft über 10 % der Stimmen, sind aber wegen der 5%-Hürde nicht im Parlament vertreten. Wir fordern eine Absenkung der Sperrklausel auf maximal 1 %, damit Parteien, die mehr als eine halbe Million Wähler:innen repräsentieren, mitgestalten dürfen.

6.1.6 Voraussetzungen zum Wahlantritt Wir schlagen vor, die Hürde für die Zulassung von Parteien zur Wahl durch digitale Unterschriften zu erleichtern. Das schafft einen modernen, barrierefreien Weg und trägt zum Bürokratieabbau bei. Überhangmandate sollen nur vergeben werden, wenn das Wahlergebnis mehr Sitze erfordert, um die Verhältnismäßigkeit der Sitze im Parlament zu wahren.

6.1.7 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist wichtig für Demokratie und Aufklärung. Es braucht Reformen, erweiterte Faktenchecks und eine wissenschaftliche, nicht-diskriminierende Herangehensweise an Inhalte.

6.2 Sicherheit

6.2.1 Grenzkontrollen Die Polizeigewerkschaft kritisiert die aktuellen Grenzkontrollen. Es werden kaum Schleuser entdeckt, der Personaleinsatz ist hoch, die Arbeitsbedingungen sind schlecht und das Material ist mangelhaft. Pendler:innen leiden unter den ständigen Kontrollen und Staus. Wir lehnen diese ineffiziente Symbolpolitik ab.

6.2.2 Polizei Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz muss besser werden. Verfahren für Bagatelldelikte sollen beschleunigt werden, um die Behörden zu entlasten und abzuschrecken. „Verdachtsunabhängige Personenkontrollen“ und Racial Profiling müssen schnellstmöglich enden. Polizeibeamt:innen brauchen Sensibilisierung und eine ethisch agierende Exekutive, um Kriminalität langfristig und effektiv zu bekämpfen.

6.2.3 Verfassungsschutz Der Verfassungsschutz muss ein zentrales Organ unseres Rechtsstaates sein. Wir fordern eine transparente Reformierung und die Aufarbeitung von Rechtsextremismus innerhalb

des Verfassungsschutzes. Skandale und Morde wie die des Nationalsozialistischen Untergrundes dürfen in einer offenen Demokratie nicht vorkommen.

6.2.4 Aufklärung über den Nationalsozialismus Der Nationalsozialismus darf niemals in Vergessenheit geraten. In Zeiten eines erhöhten Rechtsrucks und Angriffen auf migrantisch gelesene Menschen müssen wir die Bildung über das nationalsozialistische Regime erweitern und Förderprogramme finanzieren.

6.3 Kriminalität und politische Gewalt

6.3.1 Rechtsextremismus Rechtsextremismus hat viele Gesichter und bedroht unsere Demokratie. Rechte töten und fordern Deportation und Genozid. Wir müssen Rechtsextreme besser verfolgen und bestrafen. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen sollen verboten werden. Der Staat muss Ausstiegsprogramme und -möglichkeiten fördern.

6.3.2 Islamischer Terror Islamistischer Terror hat Ähnlichkeiten zum Rechtsextremismus. Beide müssen klar abgelehnt und entschlossen bekämpft werden. Terrornetzwerke sollen durch gezielte und verdeckte Maßnahmen gestoppt werden. Aufklärungskampagnen und Präventionsprojekte sollen Jugendliche vor extremistischen Ideologien schützen.

6.3.3 Antisemitismus Wir stehen gegen jede Form des Antisemitismus und verurteilen jede Form von Gewalt gegen Jüd:innen. Durch Aufklärungskampagnen und Sensibilisierung wollen wir den Antisemitismus in unserem Land aufarbeiten und beheben.

6.4 Cyberkriminalität

6.4.1 Fake News Falschinformationen sind überall in den sozialen Medien. Wir fordern konsequente Faktenchecks in allen Medien, einschließlich Printmedien. Betreiber großer Plattformen sollen für mangelnde Moderation zur Verantwortung gezogen werden.

6.4.2 Cybermobbing Der Schutz vor Mobbing, besonders Online-Mobbing, Datenschutz- und Privatsphärenverletzungen und Cyberkriminalität soll ausgebaut werden. Dazu gehört auch eine internationale Internet-Governance. Jugendliche sollen Zugang zu Hardware und Breitband-Internet haben.

6.4.3 Hatecrime Digitale Kriminalität wie Hatecrime, Morddrohungen, Cybermobbing und psychische Gewalt soll strenger bekämpft und verfolgt werden.

6.5 Finanzkriminalität

6.5.1 Steuerfahndung Das Personal der Steuerfahndung muss deutlich aufgestockt werden, um Steuerbetrug effektiv aufzudecken und zu verfolgen. Internationale Kooperationen sind nötig, um Steueroasen zu schließen. Das muss ein internationales Ziel der Finanzpolitik sein.

6.5.2 Steuerverschwendung als Tatbestand Steuerverschwendung durch die öffentliche Hand soll dem Straftatbestand der Steuerhinterziehung gleichgestellt werden. Wir brauchen eine Verwaltung, die dem Gemeinwohl und der Umwelt verpflichtet ist. Die Befugnisse der Rechnungshöfe sollen erweitert werden, damit Steuerverschwendung aufgedeckt werden kann.

6.6 Lobbyarbeit

6.6.1 Parteispenden Spenden von Unternehmen und Privatpersonen an Parteien sollen auf 50.000 Euro pro Spender:in und Jahr beschränkt werden. Langfristig soll es keine Großspenden und irregulären Einflüsse mehr geben.

6.6.2 Aufsichtsräte, Vorstände und Management Es soll verboten werden, gleichzeitig im Parlament und in Vorständen oder Aufsichtsräten von Unternehmen tätig zu sein. Wir möchten eine Karenzzeit von 12 Monaten für ausscheidende Abgeordnete und 36 Monate für Regierungsmitglieder einführen, bevor sie in solche Positionen wechseln dürfen.

6.6.3 Transparenz Es soll ein Gesetz zur Offenlegung von Zuwendungen über 150 € pro Monat an Mandatsträger:innen durch Vertreter:innen der Wirtschaft geben. Nebenverdienste durch Seminare und Vorträge von Parlamentarier:innen sollen offengelegt und auf einen Höchstbetrag pro Jahr beschränkt werden.

6.6.4 Freihandelsabkommen Es darf keine Einschränkung von Arbeitnehmer:innen-, Verbraucher:innen-, Umwelt- und Tierschutzstandards geben. Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, JEFTA oder mit MERCOSUR müssen verhindert werden.

Volksabstimmungen und Offenlegung der Verhandlungen darüber müssen stattfinden.

6.6.5 Erweitertes Lobbyregister Der Geltungsbereich des neuen Lobbyregisters muss auch auf die Regierung ausgeweitet werden. Finanzangaben und detaillierte Angaben zu ihren Tätigkeitsbereichen müssen für alle Lobbyakteure verpflichtend sein.

7. Verkehr und Transport

7.1 Verkehrswende statt Antriebswende

Verkehrswende Wir brauchen eine echte Verkehrswende, nicht nur eine Antriebswende. Wir müssen mehr tun als nur auf Wasserstoff oder Elektromotoren setzen.

7.2 Öffentlicher Personennahverkehr

Mobilität Mobilität darf kein Luxus sein. Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) ist wichtig für die soziale Teilhabe. Wir setzen langfristig auf Verkehr über die Schiene statt auf Individualverkehr. Ausbau, Taktung und Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden.

7.2.1 Preisbremse und soziale Teilhabe Mobilität darf kein Luxus sein. Nah- und Fernverkehr sollen für alle Personengruppen bezahlbar sein. Wir wollen das 49-Euro-Ticket erhalten und langfristig einen kostenlosen Nahverkehr. Die Preise der Sozialtickets sollen gesichert oder gesenkt werden.

7.2.2 Klimaschutz auf Schienen Der Verkehrssektor ist neben Energie und Landwirtschaft wichtig für den Klimaschutz. Der Bus- und Bahnverkehr soll klimaneutral werden. Dafür muss auf E-Mobilität umgestiegen werden.

7.2.3 Nahverkehrsabgabe Wir befürworten die Nahverkehrsabgabe als Gesetz. Konzerne sollen ihren Angestellten Mobilität ermöglichen und einen Teil ihrer Profite in die Verkehrswende investieren.

7.2.4 Fahren ohne Ticket Fahren ohne Fahrschein soll von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft werden. Gefängnisstrafen wegen fehlender Finanzmittel für Mobilität sind unverhältnismäßig und teurer als günstigere Fahrpreise.

7.3 Fuß- und Radverkehr

Nachhaltige Mobilität Wir wollen Städte und Regionen mit sicheren Radwegen, lebendigen Fußgängerbereichen und getrennten Verkehrsflächen verbinden. Das verbessert die Lebensqualität, fördert den Klimaschutz und sorgt für Sicherheit und Gerechtigkeit im Verkehr.

7.3.1 Radwege Der Bau eines sicheren Radwegenetzes, auch für den Pendelverkehr zwischen Stadt und Land, muss schneller erweitert werden. Einzelne Autospuren sollen umfunktioniert werden. Es braucht sichere Abbiegespuren, bessere Markierungen und angepasste Ampelphasen. Eine insektenfreundliche, energiesparende Beleuchtung soll umgesetzt werden, und es müssen Anreize und Subventionen für die Verkehrswende geben.

7.3.2 Fußverkehr Verkehrsberuhigte Bereiche und Fußgängerzonen in Städten sollen ausgeweitet werden. Dafür müssen oft Flächen, besonders Parkplätze, umfunktioniert werden. Es soll gesetzliche Regelungen und eine attraktive, gesunde Atmosphäre mit mehr Natur geben, um den nicht-motorisierten Verkehr zu fördern.

7.3.3 Verkehrstrennung Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen zu sichern, braucht es getrennte Wege für Rad, Fuß und motorisierten Verkehr. Straßen sollen umfunktioniert werden, Fußgänger:innen sollen ungestört bleiben und der Radverkehr muss sicher gestaltet werden. Das dient sowohl dem sozialen als auch dem klimapolitischen Ziel einer nachhaltigen Verkehrswende.

7.4 Autoverkehr

Ziele Wir wollen eine sichere, umweltfreundliche und gerechte Mobilität. Mit einem Tempolimit, besserem Schutz für Mensch und Tier und fairer Finanzierung setzen wir auf nachhaltigen Verkehr statt auf einseitige Autoprivilegien.

7.4.1 Tempolimit Wir setzen uns für ein allgemeines Tempolimit ein. Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen zu gewährleisten und die Umwelt zu schützen, fordern wir eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Autobahnen.

7.4.2 Abhängigkeit vom Auto Wir wissen, dass viele Menschen auf ihr Auto angewiesen sind und nicht alle auf den ÖPNV umsteigen

können. Für diese Menschen soll es finanzielle Ausgleichs für ihre höheren Ausgaben geben.

7.4.3 Autobahnen Wir sehen einen weiteren Ausbau von Autobahnen als nicht notwendig an. Um den Verkehrsfluss zu verbessern, wollen wir unsere bestehende Infrastruktur aufrechterhalten und den Schienenverkehr attraktiver machen.

7.4.4 Tierschutz im Verkehr Zum Schutz von Wildtieren wollen wir Maßnahmen in die Straßenbauverordnung aufnehmen, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen in Gefahrenzonen, Schutzzäune, Grünbrücken und Krötentunnel.

7.4.5 Dienstwagenprivileg Wir sehen das Dienstwagenprivileg kritisch und fordern eine Reform und den Stopp der Milliarden-Subventionen für private Verbrennerfahrzeuge. Dieses Geld ist besser im Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur von Bus und Bahn angelegt.

7.5 Flugverkehr

7.5.1 Besteuerung Kerosin und Flüge sollen im Sinne des Klimaschutzes mit mindestens 20 % besteuert werden. Flüge sind ein Luxus. Eine klimafreundliche Alternative wie der Schienenverkehr muss günstiger sein als ein Flug.

7.5.2 Kurzstreckenflüge & Inlandsflüge verbieten Flüge unter 500 km, Inlandsflüge innerhalb Deutschlands und Flüge, deren Ziele in maximal 6 Stunden mit der Bahn erreichbar sind, sollen langfristig verboten werden. Investitionen sollen in klimafreundlichen Transport fließen.

7.5.3 Flughafenausbau Einen weiteren Ausbau von Flughäfen sehen wir kritisch. Die Infrastruktur ist bereits vorhanden und jeder Ausbau beschränkt sich auf Terminals für Privatflüge. Diesen Luxus und klimaschädlichen Lebensstil betrachten wir als unsolidarisch und nicht zukunftsfähig.

7.6 Transport- & Güterverkehr

Nachhaltige Verlagerung Wir setzen auf eine nachhaltige Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen, um den Verkehrsfluss zu entlasten und die Umwelt zu schonen.

7.6.1 Verlagerung auf die Schiene und Wasser Der Schwerlast- und Güterverkehr soll langfristig auf die Schiene und Wasserstraßen verlagert werden. Das entlastet den Verkehrsfluss, die Umwelt und die Beschäftigten im Transport- und Lieferwesen. Langfristig soll auf umweltschädlichen Luftfrachtverkehr verzichtet werden. Auch der Schiffsverkehr soll nachhaltiger werden.

7.6.2 Anhebung der LKW-Maut Um die Umweltbelastung durch den hohen LKW-Verkehr zu reduzieren, wollen wir die LKW-Maut anheben und den Güterverkehr auf der Schiene attraktiver machen.

8. Digitalisierung

8.1 Kostenfreier Zugang zu digitalen Endgeräten für einkommensschwache Haushalte Digitale Teilhabe ist wichtig für soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration. Einkommensschwache Haushalte sollen kostenfrei mit Laptops oder Tablets ausgestattet werden. So können alle Menschen Zugang zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlichem Austausch erhalten.

8.2 Förderung von Programmen gegen digitale Exklusion älterer Menschen Digitale Exklusion darf kein Altersproblem sein. Ältere Menschen sollen durch gezielte Programme Unterstützung im Umgang mit digitalen Technologien erhalten. Diese Programme sollen niedrigschwellig, praxisnah und kostenfrei sein. Sie sollen technische und soziale Aspekte abdecken. Durch Schulungen, Begleitung und den Zugang zu digitalen Endgeräten wird älteren Menschen eine aktive Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ermöglicht und soziale Isolation bekämpft.

8.3 Ausbau barrierefreier digitaler Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen Alle Menschen sollen am digitalen Leben teilhaben können. Webseiten, Apps und Online-Dienste müssen barrierefrei gestaltet sein. Dazu gehören Standards für barrierefreies Design, unterstützende Technologien und eine stärkere rechtliche Verpflichtung zur digitalen Inklusion.

8.4 Medienkompetenz und digitale Bildung in allen Schulstufen verankern Medienkompetenz und digitale Bildung sollen verbindlich in den Lehrplan aller Schulstufen aufgenommen werden. Schüler:innen sollen frühzeitig lernen, digitale Technologien verantwortungsvoll, kritisch und kreativ zu nutzen. Lehrer:innen sollen durch Fortbildungsprogramme und moderne Infrastruktur unterstützt werden.

Wir begrüßen das Konzept der „digitalen Hausmeister“, die sich um die digitale Infrastruktur mehrerer Schulen kümmern.

8.5 Ausbau des Mobilfunknetzes und Glasfaser Freifunk und das Mobilfunknetz sollen großflächig in Deutschland ausgeweitet werden, um eine moderne Digitalinfrastruktur zu schaffen. Die neue Mobilfunkgeneration und der flächendeckende Breitbandausbau moderner Glasfasernetze müssen realisiert werden. In öffentlichen Einrichtungen sollen offene, sichere und kostenlose WLAN-Hotspots angeboten werden.

8.6 Bürokratieabbau Um Digitalisierung und Dezentralisierung voranzubringen, müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Amtsgänge sollen digital und analog möglich sein. Alle relevanten Dokumente sollen in einfacher Sprache erhältlich sein. Es braucht Hilfe für Menschen, die an bürokratischen Hürden scheitern, z. B. wegen Sprache oder Wissen.

8.7 Digitalministerium Wir fordern ein Digitalministerium, um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, inneren Sicherheit, Arbeit (Industrie 4.0) und bei den Bürgerrechten zu koordinieren.

9. Gleichstellung, Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

9.1 Feminismus

9.1.1 Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt Frauen müssen neben ihrer Arbeit oft viel Care-Arbeit leisten. Wir fordern Gleichstellung der Frau im Berufsleben, sowohl bei Aufstiegschancen als auch beim Einkommen. Es sollen Anreize geschaffen werden, damit auch Väter Elternzeiten und Erziehungsarbeit übernehmen.

9.1.2 Femizide Jede dritte Frau wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau wegen ihres Geschlechts getötet. Die Zahlen zu Gewalt gegen Frauen steigen jedes Jahr. Alle vier Minuten erlebt eine Frau in Deutschland Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, um Gewalt an Frauen zu bekämpfen.

9.1.3 Schwangerschaftsabbrüche Schwangerschaftsabbrüche sollen außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden. Frauen sollen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden dürfen.

Schwangerschaftsabbrüche sollen unterstützt und nicht kriminalisiert werden. Die Kosten sollen von den Krankenkassen gedeckt werden. Es braucht mehr Aufklärung, kostenlose Verhütung für alle und Forschung an Verhütung für Männer. Der §218 soll aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden und Schwangerschaftsabbrüche im ersten Schwangerschaftsdrittel sollen entkriminalisiert werden.

9.1.4 Feministische Stadtplanung Für mehr Sicherheit von Frauen in Städten setzen wir auf Präventionsmaßnahmen, Aufklärung und eine gerechte Stadtplanung. Dazu gehören gut beleuchtete Straßen mit Insekten schützenden LED-Lampen, Frauentaxen und Frauenhäuser.

9.1.5 Frauenhäuser Es fehlen mindestens 14.000 Plätze für schutzbedürftige Frauen in sicheren Unterkünften. Wir fordern eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern, um diese Plätze zu schaffen und weitere Angebote zu bieten. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden. Die Zusammenarbeit zwischen Frauenhäusern, medizinischen Einrichtungen und Behörden muss gestärkt werden. Es braucht bundesweite Sensibilisierungs- und Präventionskampagnen sowie Fortbildung von Polizei und Justiz.

9.1.6 Gender-Gap schließen In unserer Gesellschaft gibt es noch immer geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Diese Unterschiede zeigen sich in Bildung, Arbeitsmarkt, Einkommen, politischer Vertretung und Gesundheitsversorgung. Sicherheitssysteme in Autos sind oft auf den Durchschnittsmann ausgelegt (Gender Data Gap). Diagnostik und Behandlung von Krankheiten werden meist an Männern erforscht und in medizinischen Fachbüchern vermittelt (Gender Health Gap). Frauen verdienen oft weniger für die gleiche Arbeit (Gender Pay Gap) und haben weniger Aufstiegschancen in Führungspositionen (Gender Leadership Gap). Auch in der Politik und bei Stadtplanungen sind Frauen oft unterrepräsentiert. Traditionelle Geschlechterrollen führen zu ungleicher Verteilung von Hausarbeit, Kinderbetreuung und familiären Verpflichtungen (Gender Care Gap, Gender Pay Gap und Gender Pension Gap).

Das Schließen der sogenannten Gender-Gap (Geschlechterklufft) ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. Es ist wichtig, geschlechtsspezifische Unterschiede und Ungleichheiten anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um gleiche Chancen und Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht zu gewährleisten. Wir fordern:

- Gleiches Gehalt für gleiche Leistung.
- Offenlegung und Begründung von Gehaltsunterschieden in betrieblichen Statistiken.
- Frauenquote in Führungspositionen und bei politischen Vertretungen, bis patriarchale Machtstrukturen aufgelöst sind.
- Bekämpfung von Altersarmut durch Bildungsprogramme zur finanziellen Bildung und Vorsorge.
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ausbau und Finanzierung der Kinder-, Kranken- und Altersbetreuung.
- Schulungen für Männer, um sie mehr in Erziehung und Elternzeit einzubinden, und mehr Aufmerksamkeit für das Thema der mentalen Auslastung.
- Aufschlüsselung wissenschaftlicher Studien nach Geschlecht und Wiederholung älterer Studien.
- Einbeziehung des Hormonzyklus in medizinische Studien und Verpflichtung von Gendermedizin im Grundstudium Medizin und Pharmazie.
- Geschlechtergerechte und inklusive Gestaltung der städtischen Umgebung.
- Berücksichtigung von weiblichen Perspektiven und Bedürfnissen bei Planungen (z. B. bei Fragen des Sicherheitsempfindens).

9.2 Inklusion

Ziel In Deutschland leben knapp 8 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Aktivitäten und Chancengleichheit im Bildungssystem zu ermöglichen.

9.2.1 Barrierefreiheit im Alltag Eine gerechte Inklusionspolitik bedeutet, dass Menschen mit Behinderung gleichgestellt sind. Wichtige Dinge des täglichen Lebens sollen erleichtert werden, z. B. rollstuhlfahrgerechte Einrichtungen und behindertengerechte Verkehrsmittel.

9.2.2 Pflege von Kindern mit Behinderung Die aufopferungsvolle Pflege von Kindern mit Behinderung muss mehr Wertschätzung erfahren. Das soll sich auch durch zusätzliche finanzielle Förderungen wie Pflegegeld ausdrücken.

9.2.3 Selbstbestimmtes Leben mit geistiger Beeinträchtigung Wir wollen inklusive Wohnprojekte fördern und Assistenzdienste ausbauen. Menschen mit geistiger Beeinträchtigung sollen ein

gestärktes persönliches Budget erhalten, um ihre individuellen Bedürfnisse zu decken.

9.2.4 Inklusion in Kindertageseinrichtungen Kindergärten sind wichtig für Inklusion, weil sie die erste Station im Bildungswesen für alle Kinder sind. Eine gelungene Inklusion im Vorschulbereich erleichtert den Übertritt in eine Inklusionsschule und langfristig eine erfolgreiche Teilhabe in der Gesellschaft. Die personellen, fachlichen und räumlichen Voraussetzungen für inklusive Kindertageseinrichtungen sollen verbessert werden.

9.2.5 Inklusion in der Schule Kinder sollen nicht aus dem allgemeinen Schulsystem ausgeschlossen werden. Die Finanzmittel für den Ausbau von Inklusionsschulen und deren personelle Ressourcen sollen deutlich erhöht werden. Kultusministerien, Sozialhilfeverwaltungen und Krankenkassen sollen sich an der Finanzierung beteiligen.

9.2.6 Inklusion in eine humane Arbeitswelt Nach Art. 27 der UN-Behindertenrechtskonvention sollen Menschen mit Behinderungen die Chance haben, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit auf einem inklusiven Arbeitsmarkt selbst zu verdienen. Sie sollen selbst bestimmen können, in welchem Beruf und wo sie arbeiten wollen. Nicht alle behinderten Menschen streben eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt an. Behindertenwerkstätten, Integrationsfirmen und Förderstätten sollen weiterhin als Angebote zur Beschäftigung von Menschen mit Handicaps zur Verfügung stehen. Die Bedingungen der allgemeinen Arbeitswelt und der Rehabilitationssysteme sollen fortentwickelt und angepasst werden, um mehr Menschen mit Behinderung die Gelegenheit zu geben, auf dem freien Arbeitsmarkt zu arbeiten.

9.2.7 gesamtgesellschaftliche Inklusion Alle – Gesetzgeber, Behörden, Verbände, Vereine, Parteien, Einrichtungen, Arbeitgeber, Angehörige und auch Menschen mit Behinderung selbst – tragen Verantwortung für eine inklusive, soziale und solidarische Lebenswelt. Jeder Mensch soll ein hohes Maß an Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen haben. Noch vorhandene Barrieren und strukturelle Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft sollen nach und nach abgebaut werden.

9.3 Queerrechte

Alle Menschen, die sich außerhalb des cis-heteronormativen Geschlechterspektrums, bzw. unter dem „LGBTQIA+ Umbrella“ wiederfinden, müssen zu jeder Zeit dieselben Rechte haben wie alle anderen Menschen auch.

9.3.1 Selbstbestimmungsgesetz Das diskriminierende Transsexuellengesetz (TSG) wurde durch das neue Selbstbestimmungsgesetz ersetzt. Wir begrüßen dieses Gesetz, dürfen aber den Kampf für Queerrechte nicht beenden. Es gilt, alle gesetzlichen und rechtlichen Unterschiede zu beheben und Menschen für das anzuerkennen, was sie sind.

9.3.2 Rehabilitierung aller Opfer des § 175 Paragraf 175 stellte früher ‚Unzucht unter Männern‘ unter Strafe. Am 22. Juni 2017 beschloss der Bundestag eine Rehabilitierung der Opfer des § 175, jedoch nicht aller Opfer. Das Schutzalter für Geschlechtsverkehr sollte für Homosexuelle bei 16 bleiben, während es für Heterosexuelle niedriger war. Das ist Diskriminierung. Wir setzen uns für eine Rehabilitierung aller Opfer ein.

9.3.3 Aufklärung und Bildung Die Suizidrate von nicht-heterosexuellen Kindern und Jugendlichen ist vier- bis siebenmal höher als bei heterosexuellen. Der gesellschaftliche Druck vermittelt, dass queer sein etwas Negatives, „weniger wert“ oder „krank“ sei. Um dem entgegenzutreten, ist eine Aufklärung notwendig, die die Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen bzw. romantischen Orientierung und geschlechtlichen Identität vermittelt. Das kann in der Schule bzw. im Unterricht stattfinden. Ziel ist es, Akzeptanz für LGBTQIA+-Kinder und -Jugendliche zu schaffen und ihnen den Druck und die Angst vor der Gesellschaft zu nehmen.

9.3.4 Sprachliche Einbindung aller Menschen Langfristig sollen alle Menschen in unsere Sprache eingebunden werden. Das betrifft geschlechterneutrale Sprache und eine „einfache Sprache“, die unsere komplexe Welt für alle Menschen zugänglich macht. Politische Programme und Maßnahmen sollen auf wissenschaftlicher Basis entwickelt und durch Quellen belegt werden. Das sichert Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Wirksamkeit.

9.4 Kinder und Jugendrechte

Rechte der Kinder Alle Kinder haben das Recht auf die bestmögliche Entwicklung, Entfaltung und Bildung sowie umfassenden Schutz vor Gewalt und anderen Gefährdungen. Kinder sollen an allen Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen. Unsere Gesellschaft trägt die Verantwortung, Chancengerechtigkeit und kindgerechte Lebensbedingungen für alle Kinder zu gewährleisten. Die Politik muss die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen.

9.4.1 Kinderrechte im Grundgesetz Die Kinderrechte sollen in Art. 6 des Grundgesetzes mit dieser Formulierung aufgenommen werden: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, als vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt zu behandeln. Jedes Kind hat bei staatlichen Entscheidungen, die seine Rechte betreffen, einen Anspruch auf Gehör und auf Berücksichtigung seiner Meinung entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ Wir unterstützen die Formulierung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR).

9.4.2 Kindesmissbrauchsfond Der Fonds zur Unterstützung von Opfern sexuellen Missbrauchs soll nicht gekürzt, sondern aufgestockt werden. Dieser Fonds finanziert Hilfsangebote, Therapien und Präventionsmaßnahmen. Es ist unsere gesellschaftliche Pflicht, diesen Schutz und diese Unterstützung sicherzustellen.

9.4.3 Kinderarbeit Deutschland und die EU sollen sich für ein wirksames Lieferkettengesetz und die Förderung von Fairtrade zum Schutz vor Kinderarbeit einsetzen. Kinderarbeit soll weltweit zugunsten von Schulbildung, medizinischer Versorgung und umfassenden Kinderrechten abgeschafft werden.

9.4.4 Jugendhäuser Jugendfreizeiteinrichtungen sollen ausgebaut und personell aufgestockt werden. Hier sollen sportliche, künstlerische, handwerkliche und mediengestaltende Angebote gemacht sowie ethische, ökologische und soziale Werte vermittelt werden. Es soll eine garantierte Ganztagsbetreuung geben. Nachhilfeangebote sollen ausgeweitet und insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Familien kostengünstig oder kostenfrei angeboten werden.

9.5 Senior:innen

9.5.1 Altersarmut Wir müssen sicherstellen, dass niemand trotz Arbeit arm ist und kein Mensch nach einem Erwerbsleben in Altersarmut lebt. Um die Rententöpfe schnell zu füllen, braucht es bessere Integration in den Arbeitsmarkt und mehr Fachkräfte aus dem Ausland.

9.5.2 Soziale Kälte Bereits in der Schule muss der „sozialen Kälte“ entgegengewirkt werden, z. B. durch Anreize zu persönlichem ehrenamtlichem Engagement. Dies ist im schulischen Bereich und außerhalb der Schule möglich, z. B. in Jugendgruppen, Vereinen, im Tier- und Naturschutz oder bei der Betreuung älterer, kranker oder behinderter Menschen.

9.5.3 Eingliederung statt Ausgrenzung Viele alte Menschen drohen zu vereinsamen. Das Aussterben der Großfamilie und die berufliche Beweglichkeit der nachfolgenden Generationen schaffen räumliche Distanz. Wir möchten älteren Menschen durch bessere Pflege, neue Wohnformen und präventive Maßnahmen ermöglichen, weiterhin aktiv in der Gesellschaft teilzuhaben.

9.5.4 Neue Wohnformen Wir fördern alternative Wohnformen, wie „Generationenhäuser“ oder Wohngemeinschaften, in denen Senior:innen gemeinsam mit anderen alten oder jungen Menschen leben. Diese Wohnprojekte zeigen in Pilotprojekten in deutschen Städten schon Wirkung.

9.5.5 Neue Wege der Altenpflege Wir treten für Verbesserungen in der Altenpflege ein, z. B. durch Vernetzung der sozialen Dienste, Ausbau von Beratungsstellen für häusliche Pflege, Einrichtung und Ausbau von Hilfetelefonen für verschiedene Notfälle oder Förderung gesunder, pflanzlicher Ernährung in Altenheimen. Private und städtische Altenheime sollen regelmäßig unangemeldet von unabhängigen Beauftragten kontrolliert werden, um angemessene Zustände sicherzustellen.

9.5.6 Tiere Wenn alte Menschen ihre gewohnte Lebensumgebung verlassen müssen, sollen sie ihre Haustiere mitnehmen können. Der seelische Trost erleichtert das Eingewöhnen in die neue Umgebung und mindert die Einsamkeit. Projekte der Tierbegegnungen sollen gefördert werden, z. B. Beschäftigung mit Hunden aus dem Tierheim oder Gassi gehen.

UMWELT

10. Klimaschutz

10.1 Klimakrise

Eingriff des Menschen Der Mensch verändert durch sein Handeln die Umwelt. Energie, Landwirtschaft, Herstellung von Rohstoffen und andere Aktivitäten führen zu Treibhausgasen, die das Klima verändern. Wir müssen diesem Trend entgegenwirken, um die Folgen des Klimawandels zu vermeiden.

10.1.1 Pariser Klimaabkommen Deutschland hat sich 2015 zum Pariser Klimaabkommen bekannt und trägt wie alle anderen Mitgliedstaaten eine besondere Verantwortung in der Klimakrise.

10.1.2 Klimaschutz im Grundgesetz Klimaschutz soll ins Grundgesetz aufgenommen werden mit folgender Formulierung: „Es ist die Aufgabe des Staates, vor allem im Hinblick auf die kommenden Generationen sowie die Natur und Tierwelt, der durch Menschen verursachten Klimaerwärmung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung entgegenzuwirken. Die Organe der Gesetzgebung im Bund und in den Ländern sowie die Organe der vollziehenden Gewalt sind verpflichtet, alles Notwendige zu unternehmen, damit der mittlere globale Temperaturanstieg gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter möglichst im Rahmen des 1,5 °C Zieles bleibt; der Referenzzeitpunkt ist das Jahr 1850.“

10.2 Klimaneutralität und CO₂-Budget

Begrenzung des CO₂ Deutschland hat nur eine begrenzte Menge an CO₂, das es ausstoßen darf, um das 1,5°-Ziel einzuhalten. Dieses „CO₂-Budget“ darf nicht überschritten werden. Deutschland muss seine Treibhausgas-Emissionen jedes Jahr deutlich verringern.

10.2.1 Klimadividende Um die Menge an ausgestoßenem CO₂ sozial gerecht zu verteilen, fordern wir eine Klimadividende. Es soll ein CO₂-Einstiegspreis von 180 € pro Tonne CO₂ eingeführt werden, dessen Einnahmen zu gleichen Teilen an die Bevölkerung ausgezahlt werden sollen.

10.2.2 Altbausanierungen Besonders viel Energie wird zum Heizen benötigt. In Altbauten geht durch mangelhafte Isolierung viel Wärme

verloren. Daher wollen wir Programme zur Sanierung von Altbauten stärker fördern, statt auf Abriss zu setzen.

10.2.3 Das Aus von Verbrennern und fossilen Energieträgern Wir wollen, dass neue Verbrennermotoren ab 2035 nicht mehr zugelassen werden. Bis dahin muss die Bahninfrastruktur ausgebaut und alternative Fahrzeuge wie Elektroautos bezahlbar werden. Die notwendige Ladeinfrastruktur soll bereitgestellt werden. Dasselbe gilt für fossile Energieträger. Die Bevölkerung soll beim Umstieg auf Wärmepumpen oder erneuerbare Energien unterstützt werden.

10.2.4 Frackingverbot Wir fordern ein ausnahmsloses Verbot von Hydraulic Fracturing („Fracking“).

10.3 Klimafolgeanpassungen

Klimakrise und Anpassungen Viele Folgen der Klimakrise sind unaufhaltsam. Deshalb müssen wir uns an die neuen Gegebenheiten anpassen.

10.3.1 Entsiegelung Versiegelte Flächen in Städten führen zu Hitzeproblemen. Sie speichern Sonnenwärme und verhindern natürliche Abkühlung. Wir fordern Entsiegelungsprogramme, damit der Boden wieder mehr CO₂ bindet, Wasser aufnimmt und für Hitzeausgleich sorgt.

10.3.2 Hochwasserschutz Hochwasserkatastrophen nehmen zu. Deutschland muss sich dem Hochwasserschutz konsequent annehmen. Es braucht mehr Zweckverbände, Dämme und Präventionsmaßnahmen sowie eine Stärkung der Feuerwehr und Hochwasserschutzverbände.

10.4 Meeresschutz

Schutz der Weltmeere Weltmeere sind sensible Ökosysteme und Lebensräume für Menschen, Tiere und Natur. Sie sind einem zunehmenden Müllproblem und Überfischung ausgesetzt. Müll, besonders Plastik, gelangt ins Meer.

10.4.1 Belastungen Belastungen auf das Meer müssen reduziert werden. Nord- und Ostsee dürfen nicht zu Industriegebieten ohne Raum für Natur und Tiere werden. Öl- und Gasförderungen auf dem Meer müssen aufhören.

10.4.2 Fischernetze Grundschieppnetzfisherei muss verboten werden, besonders in Meeresschutzgebieten. Diese Art der Fischerei zerstört Lebensräume am Meeresboden und verursacht große Mengen Beifang und Rückwürfe.

10.4.3 Geschützte Gebiete Wir fordern die Einrichtung von 10 Prozent streng geschützten „Wildnis“-Gebieten im Meer, in denen Tiere und Natur ungestört vor menschlichen Aktivitäten sind, bis 2030 im Einklang mit den Zielen der EU-Biodiversitätsstrategie.

10.4.4 Wiederherstellung Es muss eine Wiederherstellung von zerstörten Lebensräumen im Meer geben, wie Seegraswiesen, biogene Riffe, Sandbänke und Küstenfeuchtgebiete.

10.4.5 Fischereiflotten und Überfischung Fischereiflotten sollen verkleinert und ihre Kapazitäten reduziert werden, um Überfischung und weiteres Artensterben zu verhindern.

10.4.6 Fischereikontrollen Fischereikontrollen sollen verstärkt und eine neue Fischereikontrollverordnung schnell umgesetzt werden, besonders in Gebieten mit sensiblen Arten und Lebensräumen und großen Mengen Beifang und Rückwürfen.

10.4.7 Tierschutz für Fische Wir sind gegen das Töten von Fischen und setzen uns für besseren Schutz ein. Solange kommerzielle Tötungen stattfinden, sollen verbindliche Vorschriften für schnelle und schmerzfreie Betäubung gelten. Diese Vorgänge müssen streng überwacht werden, um Tierschutzstandards einzuhalten.

11. Artensterben und Biodiversität

11.1 Gentechnik in Pflanzen Die Nutzung von Gentechnik in der Landwirtschaft ist eine Gefahr für die Biodiversität. Gentechnisch veränderte Pflanzen können die genetische Vielfalt reduzieren, Ökosysteme stören und die Abhängigkeit von agrarindustriellen Konzernen fördern. Wir fordern folgende Maßnahmen:

11.1.1 Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel Verbraucher:innen sollen erkennen können, ob ein Produkt gentechnisch verändert ist – auch bei Fleisch und Milch von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden.

11.1.2 Verbot von Freilandversuchen Freilandversuche und die kommerzielle Nutzung von Gentechnikpflanzen sollen gestoppt werden, um die Ausbreitung auf natürliche Ökosysteme zu verhindern.

11.1.3 Förderung der ökologischen Landwirtschaft Statt auf Gentechnik zu setzen, unterstützen wir nachhaltige Anbaupraktiken, die Artenvielfalt schützen und das Gleichgewicht in der Natur bewahren.

11.2 Wiederherstellung natürlicher Lebensräume Der Verlust der Biodiversität ist eine große ökologische Krise. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind durch menschliche Eingriffe bedroht. Der Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Lebensräume sowie die Förderung heimischer Arten sind wichtig, um unsere Ökosysteme zu stabilisieren.

11.2.1 Wiederansiedlung heimischer Arten Heimische Arten wie Wildbienen, Füchse oder Wölfe sind wichtig für die Stabilität unserer Ökosysteme. Viele dieser Arten sind gefährdet oder verschwunden. Wir setzen uns für die Wiederansiedlung und den Schutz dieser Arten ein.

11.2.2 Schutz und Förderung von Bestäuberinsekten Wildbienen und andere Insekten sind unersetzlich für die Bestäubung und den Erhalt vieler Pflanzenarten. Wir fordern Förderprogramme zur Schaffung von Lebensräumen wie Blühstreifen und Insektenhotels sowie den Verzicht auf bienenschädliche Pestizide.

11.2.3 Natürliche Ausweitung von Wolf und Fuchs Wölfe und Füchse tragen zur Regulation von Ökosystemen bei. Wir setzen uns für den Schutz dieser Tiere und für Konzepte ein, die ein konfliktarmes Zusammenleben mit der Landwirtschaft ermöglichen, z. B. durch Herdenschutzmaßnahmen.

11.2.4 Erhalt von Lebensräumen und Wiederansiedlung heimischer Arten Die Wiederherstellung und der Schutz natürlicher Lebensräume wie Wälder, Moore und Flusslandschaften sind entscheidend, um heimische Arten zu sichern. Wir setzen uns für die Wiederansiedlung von in unserer Region heimischen Arten ein, die aus ihren ursprünglichen Lebensräumen verdrängt wurden. Durch Schutzmaßnahmen und Renaturierung wollen wir diese Lebensräume wiederherstellen und die Artenvielfalt langfristig erhalten.

11.3 Förderung der Artenvielfalt

Bedeutung der Artenvielfalt Der Erhalt der Artenvielfalt ist sehr wichtig für unsere Zukunft. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, die natürliche Vielfalt in der Natur und die genetische Vielfalt in der Landwirtschaft zu schützen.

11.3.1 Renaturierung und Schutz von Lebensräumen

Renaturierungsprojekte und der Schutz bestehender Biotope sind zentral für unsere Biodiversitätsstrategie.

11.3.2 Strenge Regulierung von Pestiziden Chemische Substanzen, die die Artenvielfalt gefährden, sollen schrittweise aus der Nutzung genommen werden. Stattdessen wollen wir biologische Pflanzenschutzmittel stärker erforschen und einsetzen.

11.3.3 Lichtverschmutzung Künstliche Beleuchtung beeinflusst Tiere, Pflanzen und das gesamte Ökosystem. Beleuchtete Bereiche verändern das Wachstum von Pflanzen, was weniger Schutz und Nahrung für Insekten bietet. Das kann zum Verhungern von Insekten und zum Rückgang der Biodiversität führen. Maßnahmen wie LED-Lichter mit hohem Rotanteil, abgeschirmte Lampen und Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in wenig frequentierten Gebieten können helfen, die Auswirkungen auf die Umwelt zu minimieren.

11.3.4 Bildung und Bewusstseinsförderung Wir fördern Bildungsprojekte, die den Wert der Biodiversität vermitteln und zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten motivieren.

12. Agrarwende und Ernährungssystem

12.1 Das Ende der Massentierhaltung

Rückbau der Intensivtierhaltung Wir fordern den gezielten Rückbau der Intensivtierhaltung, um „Tierfabriken“ kurzfristig abzuschaffen und die Bestandsdichte in der landwirtschaftlichen Tierhaltung drastisch zu reduzieren. Mittel- und langfristig wollen wir ein Ende jeglicher ausbeuterischer Tierhaltung in der Landwirtschaft erreichen.

12.1.1 Fördermittel Es sollen Fördergelder eingeführt werden, um die Umstellung auf eine rein pflanzliche Landwirtschaft zu gewährleisten. Kredite, die Landwirt:innen für Tierhaltung aufgenommen haben, sollen von diesen Fördermitteln getilgt werden.

12.1.2 Verbot von Haltungsformen Tierquälereiische Haltungsformen von sogenannten „Nutz“-Tieren und der Import von tierquälereiischen Intensivhaltungsprodukten sollen verboten werden.

12.1.3 Umlagerung von Geldern Es soll eine Emissionsabgabe für landwirtschaftliche Betriebe je nach Größe des Tierbestandes eingeführt werden. Die Besteuerung von Fleisch- und Molkereiprodukten sowie von Eiern soll erhöht werden. Im Hotel- und Gaststättengewerbe soll es immer mindestens ein veganes Angebot geben. In Schulen, Kitas, Kindergärten und Kinderhorten soll rein pflanzliche, gesunde und ausgewogene Kost angeboten werden. Tierethik und ökologisches Verhalten sollen auf dem Lehrplan stehen. Diese Maßnahmen führen langfristig zu einer Entlastung des Gesundheitssystems, der landwirtschaftlichen Flächen und der Finanzmittel auf Verbraucherseite.

12.2 Weniger ist mehr – Klasse statt Masse

Überproduktion abbauen Die landwirtschaftliche Überproduktion muss abgebaut werden. Tierische Produkte aus konventioneller Haltung und Massentierhaltung sollen deutlich gekennzeichnet werden. Werbung für Fleisch, Wurst, Fisch, Eier und Milchprodukte soll verboten werden. Produkte sollen klar gekennzeichnet werden, um vegane, vegetarische und Lebensmittel mit Tierbestandteilen zu unterscheiden.

12.2.1 Lebensmittelverschwendung

Die Lebensmittelverschwendung muss gestoppt werden. Tafeln für Tiere und Menschen sollen unterstützt werden. Container soll legalisiert werden und eine Entsorgungssteuer für weggeworfene Lebensmittel von Händlern eingeführt werden. Das Mindesthaltbarkeitsdatum soll durch zusätzliche Angaben ergänzt werden. Gastronomische Betriebe sollen Apps nutzen, um übrige, aber noch genießbare Lebensmittel weiterzuvermitteln.

12.2.2 Agri-PV Auf Freiflächen sollen nur Agri-PV-Anlagen erlaubt sein und Agri-PV auf landwirtschaftlichen Flächen gefördert werden. Der schattenspendende Energieproduzent trägt auch zum Wachstum bestimmter Pflanzen wie Kartoffeln bei.

12.3 Tier- und Verbraucherschutz in der Agrarpolitik

12.3.1 Tiertransporte Wir lehnen Tiertransporte grundsätzlich ab. Kurzfristig wollen wir die Anzahl der zusammen transportierten Tiere

reduzieren und Langstrecken-Tiertransporte verbieten. Die maximale Transportzeit pro Tag soll auf zwei Stunden begrenzt werden. Wo es möglich ist, Transporte zu vermeiden, dürfen diese nicht stattfinden.

12.3.2 Überwachung Das Akkordschlachten soll erschwert werden, unter anderem durch Video-Überwachung und Dokumentation des Schlachtvorgangs. Aktivist:innen, die Tierschutz-Vergehen dokumentieren, sollen freigesprochen werden, da das Aufdecken von Missständen keine Straftat ist. Es sollen striktere Verordnungen und permanente Kontrollen im Bereich der Masttier-Industrie eingeführt werden, um Misshandlungen und Missstände zu verhindern.

12.3.3 Antibiotika und Hygiene Über 95 % der Deutschen sind für eine Reduzierung von Antibiotika in der industriellen Tierhaltung. Der Einsatz von Antibiotika und Arzneimitteln in der Massentierhaltung soll massiv reduziert werden, insbesondere durch Sanktionierung von vorsorglicher Vergabe. Fleischbetriebe, die Hygienemaßnahmen nicht ausreichend umsetzen, sollen härtere Strafen erhalten, bis hin zum Berufs- und Produktionsverbot.

12.3.4 Pestizide Es sollen schärfere Regelungen für den Einsatz von gesundheitsschädlichen Pestiziden geben, insbesondere ein sofortiges Verbot von Glyphosat.

12.3.5 Europa Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass flächen- und tieranzahlbezogene Direktzahlungen auslaufen. Agrarsubventionen sollen an ökologische, soziale und ethische Standards gekoppelt werden. Ein zusätzlicher Transitionsfonds soll den Ausstieg aus der industriellen Tierhaltung organisieren. Die Agrarindustrie soll in den Emissionshandel eingebunden werden, um die klimaschädlichen Auswirkungen zu reduzieren.

13. Energie- und Wärmewende

13.1 Energiewende

Unabhängige Energieversorgung Die Energie- und Wärmeversorgung soll nicht von fossilen, klimaschädlichen und endlichen Rohstoffen abhängig sein. Nur durch erneuerbare Energien kann eine zuverlässige, klimafreundliche und preiswerte Versorgung sichergestellt werden.

13.1.1 Übergewinne Trotz steigender Strompreise generieren Energiekonzerne immense Übergewinne. Wir wollen durch eine

Übergewinnsteuer eine konsequente Energiewende durchführen und Konsument:innen entlasten.

13.1.2 Schaffung von Arbeitsplätzen Um den Arbeitsplatzwegfall in der fossilen Industrie auszugleichen, sollen bei der Energiewende mehr Arbeitsplätze in der Umsetzung der erneuerbaren Energieanlagen geschaffen werden. Das wird positive Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt haben.

13.2 Erneuerbare Energien

13.2.1 Solarstrom Die Sonne ist die unabhängigste aller Energien. Die Energiewende soll primär durch Photovoltaik vorangetrieben werden. Auf jedem Neubau und nach jeder grundlegenden Dachsanierung sollen Photovoltaikanlagen verpflichtend installiert werden. Sozial schwächere Menschen sollen bei der Anschaffung einer Balkonanlage finanziell unterstützt werden. Wer die Energiewende voranbringt, soll Unterstützung vom Staat erwarten dürfen.

13.2.2 Windkraft Beim Ausbau von Windkraftanlagen soll auf Natur- und Tierschutz geachtet werden. Windräder sollen mit Abschaltmechanismen ausgestattet werden, um Vögel und Fledermäuse zu schützen. Sie sollen nicht in der Nähe von Vogelschutzgebieten oder Vogelzugrouten gebaut werden.

13.2.3 Wasserkraftwerke Bei Wasserkraftwerken soll darauf geachtet werden, dass keine Tiere in die Turbinen gelangen oder zu Schaden kommen können. Fisch-Wanderwege sollen nicht gestört, sondern mit zusätzlichen Fischtreppen ermöglicht werden.

13.2.4 Geothermie Erdwärme sollte weiter erforscht werden, da sie eine nachhaltige und nahezu unerschöpfliche Energiequelle ist. Sie bietet Potenzial für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen und die Energiewende, besonders für die Wärmeversorgung und lokale Stromerzeugung. Deutschland soll weiter in die Forschung von Geothermie investieren.

13.2.5 Energiespeicher Energiespeicher sind unverzichtbar für die Energiewende, da sie die Schwankungen von Energiequellen wie Wind und Sonne ausgleichen. Wir setzen uns für den Ausbau und die Weiterentwicklung eines intelligenten Mixes aus Batterien, Power-to-Gas, Power-to-Liquid und Power-to-Heat ein.

13.2.6 Wasserstoff Die Förderung von Wasserstoff als Energiequelle kann einen nachhaltigen Beitrag leisten. Durch gezielte Investitionen und Subventionen kann die Produktion und Nutzung von Wasserstoff als Energiespeicher und Rohstoff für industrielle Prozesse sowie für Fusion vorangetrieben werden. Das kann zu einer CO₂-emissionsfreien Wirtschaft und zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze führen.

13.3 Fossile Energien und Atomkraft

13.3.1 Ausstieg aus Kohle Der beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung 2038 ist zu spät. Um Klimaneutralität zu erreichen und unsere Lebensgrundlage zu schützen, fordern wir einen vorgezogenen Ausstieg bis spätestens 2030. Das muss durch den Ausbau von erneuerbaren Energien vorbereitet werden.

13.3.2 Atomkraft Wir stehen hinter dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie. Atomkraft stellt ein großes Risiko für Mensch, Tier und Natur dar. Eine Wiederverwendung von Atomkraft in Deutschland und die Deklarierung als „nachhaltige Energiequelle“ lehnen wir ab.

13.4 Wärmewende

13.4.1 Ausstieg aus Öl und Gas Der Ausstieg aus Gebäudewärme und Stromproduktion durch Öl und Gas bis 2035 ist zu spät. Wir wollen die Wärmewende früher auf den Weg bringen, um die Abhängigkeit von anderen Ländern zu beenden und die Bevölkerung von steigenden Kosten zu bewahren.

13.4.2 Unterstützung beim Umstieg Wir wollen sozial schwächere Menschen beim Umstieg auf eine nachhaltige Wärmepumpe unterstützen. Die Kosten sollen mindestens zu einem Großteil vom Bund getragen werden, damit die Verbraucher:innen nicht auf den massiven Kosten hängen bleiben, wenn Öl- und Gaspreise untragbar werden.

13.4.3 Ausbau von Fernwärmenetzen Zentralisierte Wärmeproduktion ist für die Flexibilität und Effizienz einer zukunftsfähigen Wärmeproduktion essenziell. In dicht besiedelten Gebieten bietet Fernwärme eine platzsparende Lösung. Wir fordern die Modernisierung bestehender Netze, den Ausbau neuer Netze und Förderprogramme. Abwärme aus Industrieprozessen, Geothermie und solarthermischen Großanlagen soll mehr eingebunden werden. Wir setzen uns auch für die Integration von Großwärmepumpen in

Fernwärmenetze ein, da sie auch Niedertemperatur-Wärmequellen wie Gewässer und Kläranlagen nutzbar machen können.

14. Kreislaufwirtschaft

14.1 Recycling

14.1.1 Plastikmüll Der Export von Plastikmüll soll verboten werden, um Umweltverschmutzung und Überproduktion vorzubeugen. Plastik als Verpackungsmaterial im Handel soll reduziert werden. Nicht oder nur schwer recyclebare Verbundverpackungen und Plastikverpackungen, die nicht aus recycelten Materialien bestehen, sollen verboten werden. Die Entwicklung nachhaltiger oder besser recyclebarer Verpackungen soll an Hochschulen und staatlichen Instituten finanziert werden.

14.1.3 Verpackungssteuer Wir befürworten eine bundesweite Verpackungssteuer, die zu weniger Müll und unnötigem Plastik führt. Unverpackt-Läden sollen bundesweit mehr Aufsehen und Förderung erhalten.

14.2 Nachhaltige Industrie

Nachhaltige Produkte Nachhaltige und menschen-/tierleidfreie Produkte sollen gefördert werden, damit Hersteller:innen und Verbraucher:innen nachhaltige, faire und tierfreundliche Entscheidungen treffen. Hersteller:innen sollen den gesamten Produktkreislauf in Betracht ziehen, inklusive Entsorgung, Recycling, Wiederherstellung der Rohstoffe, Transport und Verpackung. Die Akzeptanz von Tierleid bei der Herstellung von Produkten soll zu Strafzahlungen führen. Hersteller:innen sind für die Einhaltung der Menschenrechte in der gesamten Lieferkette verantwortlich. Auch bei der Entsorgung von Produkten soll auf Recycling und Wiederverwendung geachtet werden.

14.2.1 Reparaturbonus Wir fordern einen Anspruch auf Reparierbarkeit für technische Geräte, um Nachhaltigkeit zu fördern.

14.2.2 Klassifizierung von Unternehmen Hersteller:innen, die minderwertige und kurzlebige Produkte verkaufen, sollen finanziell benachteiligt werden. Hersteller:innen, die langlebigere Produkte anbieten, sollen finanzielle Boni erhalten.

14.3 Urban Gardening

Förderung von Urban Gardening Um Biodiversität und Klimaschutz voranzubringen, sollen Urban Gardening und Urban Farming gefördert werden. Gemeinschaftsbeete und -küchen in Stadtvierteln und Wohnblocks sollen realisiert werden, in denen die Anwohnenden gemeinsam ernten und kochen können. In Schulen und Kindertageseinrichtungen sollen Sensibilisierung und Gärten eingeführt werden, um Kindern eine gesunde, pflanzliche Ernährung näherzubringen.

14.4 Sozialverträglichkeit

14.4.1 Wiederverwendbarkeit Umweltverträgliche, nachhaltige Produkte sollen subventioniert werden. Es soll für Konsument:innen preiswerter sein, ein fair gehandeltes Smartphone zu kaufen oder ein altes Smartphone reparieren oder technisch aufrüsten zu lassen, statt ein neues zu kaufen.

14.4.2 Nachhaltigkeits-Forderungen Subventionen für umweltschädigende Produkte oder solche, die Tierleid erzeugen, sollen auslaufen. Die Nachhaltigkeits-Forderungen sollen mithilfe wissenschaftlicher Ansätze überprüft werden, um unerwünschte Nebenwirkungen vorherzusehen und die Forderungen entsprechend anzupassen.

15. Wald und Naturschutz

15.1 Grundsätze des Umweltschutzes

Ziel Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist wichtig, um den ökologischen Kollaps zu verhindern. Wälder, Moore und Brachflächen sind Rückzugsorte für Tiere und Pflanzen und wichtige CO₂-Speicher und Klimaregulatoren. Die Tierschutzpartei setzt sich für den Schutz dieser Gebiete ein, um ihre Funktion als Lebensraum und Klimaschützer langfristig zu sichern.

15.2 Wälder

Bedeutung Wälder sind die grüne Lunge unseres Planeten und spielen eine Schlüsselrolle im Klimaschutz und der Erhaltung der Artenvielfalt. Sie sind durch Abholzung, Monokulturen und den Klimawandel bedroht.

15.2.1 Waldschutz und nachhaltige Bewirtschaftung Wir fordern ein Verbot der großflächigen Abholzung von Wäldern und den Schutz von Alt- und Urwäldern. Die Umstellung auf naturnahe, ökologische Forstwirtschaft ist unverzichtbar.

15.2.2 Natürliche Waldregeneration und Renaturierung Anstatt auf traditionelle Aufforstung setzen wir auf natürliche Waldregeneration und gezielte Renaturierung. Natürliche Prozesse sind oft effektiver und ökologisch wertvoller als künstliche Aufforstung. Künstliche Eingriffe, wie das Pflanzen fremder Baumarten oder Monokulturen, schaden häufig dem Ökosystem. Wir sollten den natürlichen Regenerationsprozess durch den Schutz bestehender Flächen und minimalen menschlichen Eingriff fördern.

15.2.3 Verbesserung des Waldmanagements Der Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngemitteln soll gestoppt werden. Stattdessen wollen wir den Schutz von Bodengesundheit und Artenvielfalt fördern.

15.3 Wiedervernässung von Mooren

Bedeutung der Moore Moore speichern CO₂, schützen vor Überschwemmungen und filtern Schadstoffe aus dem Wasser. Ihre Trockenlegung trägt zur Freisetzung von Treibhausgasen bei.

15.3.1 Schutz und Wiedervernässung Wir setzen uns für die Wiedervernässung von entwässerten Mooren und den Schutz bestehender Mooregebiete ein. Ziel ist es, Moore als CO₂-Speicher und Lebensraum zu erhalten. Ein wichtiger Bestandteil ist die Förderung der Paludikultur, einer nachhaltigen Nutzung von nassen Moorflächen. Paludikultur verbindet landwirtschaftliche Nutzung mit Umwelt- und Klimaschutz. Studien belegen, dass sie CO₂-Emissionen reduzieren und die Biodiversität fördern kann. Wir fordern, dass jährlich mindestens 50.000 Hektar Moorböden in Deutschland wiedervernässt werden. Die Genehmigungsverfahren zur Renaturierung von Mooren sollen beschleunigt und konkrete Maßnahmen zur Wiedervernässung ergriffen werden.

15.3.2 Förderung nachhaltiger Landnutzung Auf wiedervernässten Flächen sollen umweltfreundliche Bewirtschaftungsformen wie Paludikultur etabliert werden.

15.3.3 Verbot weiterer Entwässerungen Bestehende Entwässerungsprojekte sollen gestoppt und langfristig zurückgebaut

werden, da entwässerte Moorflächen CO₂-Emissionen verursachen und die Biodiversität zerstören. Wir setzen uns auch für die Förderung ökologischer Alternativen zu Torf ein. Torfabbau verstärkt den Klimawandel durch die Freisetzung von CO₂. Der Einsatz von Torf-Alternativen in der Landwirtschaft und Gartenbauindustrie kann helfen, den Torfabbau zu reduzieren und umweltfreundlichere Praktiken zu fördern.

15.4 Naturschutzgebiete

15.4.1 Ausbau und Schutz Die Fläche der Naturschutzgebiete muss deutlich ausgeweitet werden, besonders in Regionen mit hoher Biodiversität.

15.4.2 Strikte Schutzvorgaben In Naturschutzgebieten sollen Eingriffe wie Bebauung, Rohstoffabbau und intensive Landwirtschaft verboten werden.

15.4.3 Förderung nachhaltigen Tourismus Besucherlenkung und Aufklärungskampagnen sollen sicherstellen, dass die Schutzgebiete erhalten bleiben und gleichzeitig Bildung und Erholung fördern.

15.5 Renaturierung

15.5.1 Förderung von Renaturierungsprojekten Brachflächen, Flüsse und andere Ökosysteme sollen systematisch renaturiert werden. Das umfasst die Wiederherstellung natürlicher Wasserläufe und die Begrünung von urbanen Gebieten.

15.5.2 Schaffung eines Renaturierungsfonds Wir fordern einen staatlichen Fonds, der Projekte zur Wiederherstellung von Ökosystemen finanziert und koordiniert.

15.5.3 Biodiversität fördern Renaturierungsprojekte sollen gefährdeten Arten gezielt Lebensräume bieten und die ökologische Resilienz fördern.

TIERSCHUTZ

16. Tierschutzrecht und Tierschutzgesetz

16.1 Starkes Tierschutzrecht

Ein starkes Tierschutzrecht ist wichtig für eine gerechte Gesellschaft. Tiere sind empfindungsfähige Lebewesen und verdienen Schutz vor Misshandlung, Ausbeutung und Vernachlässigung. Das bestehende Tierschutzgesetz hat unzureichende Regelungen und schwache Kontrollen. Es fehlt an Transparenz und effektiven Mechanismen, um Verstöße schnell und konsequent zu ahnden.

16.2 Stärkung der Kontrollinstanzen

Um den Tierschutz durchzusetzen, brauchen die Veterinärämter mehr qualifiziertes Personal. Regelmäßige und unangekündigte Kontrollen von Tierhaltungen, Zuchtbetrieben, Schlachthöfen und Transporten sind notwendig. Ein zentrales, digitales Kontrollsystem soll eingeführt werden, um Verstöße zu dokumentieren und nachzuverfolgen. Alle Kontrollbehörden sollen einheitliche Prüfverfahren nutzen.

16.3 Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Tierschutzverstöße

Es sollen spezialisierte Schwerpunktabteilungen bei Staatsanwaltschaften eingerichtet werden, um Verstöße gegen das Tierschutzgesetz gezielt zu verfolgen. Diese Abteilungen müssen effizient arbeiten, um die Bearbeitungszeit bei Tierschutzdelikten zu verkürzen und eine zeitnahe Ahndung sicherzustellen.

16.4 Verschärfung von Strafen

Die Strafen für Verstöße gegen das Tierschutzgesetz sollen verschärft werden. Bußgelder sollen erheblich erhöht werden, besonders bei Wiederholungstäter:innen. Schwere Verstöße wie Tierquälerei, illegale Massentierhaltung oder kommerzieller Tierhandel sollen mit Freiheitsstrafen geahndet werden. Betriebe, die wiederholt oder schwerwiegend gegen Tierschutzvorschriften verstoßen, sollen ihre Betriebsgenehmigungen verlieren.

16.5 Einführung eines Verbandsklagerechts

Tierschutzorganisationen sollen das Recht bekommen, bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz rechtlich einzuschreiten. Dieses

Verbandsklagerecht stärkt die Zivilgesellschaft und gibt Organisationen die Möglichkeit, systematische Verstöße gegen Tierrechte aufzudecken und zu bekämpfen.

16.6 Verbesserung der Tierhaltungsstandards

Die regelmäßige Kontrolle von Tierhaltungsbetrieben muss durch unabhängige Stellen sichergestellt werden. Strengere Vorschriften sollen eingeführt und durchgesetzt werden, um eine artgerechte Haltung von „Nutz“-Tieren, Haustieren und Wildtieren zu gewährleisten.

16.7 Transparenz und Aufklärung

Eine zentrale Tierschutzdatenbank soll aufgebaut werden, die Tierschutzverstöße dokumentiert und Kontrollberichte öffentlich zugänglich macht. Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen sollen gefördert werden, um die Bedeutung von Tierrechten und Tierschutz in der Gesellschaft zu verankern.

16.8 Verbot von Feuerwerkskörpern und Böllern

Feuerwerkskörper und Böller verursachen Leid bei Wild- und Haustieren, schädigen die Umwelt und gefährden die Sicherheit von Menschen. Deshalb fordern wir ein Verbot des Verkaufs und Einsatzes von Feuerwerkskörpern im privaten Bereich. Kontrollierte, umweltfreundliche, geräuscharme Feuerwerke sollen als Ausnahme erlaubt sein. Informationskampagnen sollen die Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen von Feuerwerkskörpern auf Tiere, Umwelt und Gesundheit aufklären.

17. Massentierhaltung

17.1 Sofortige Maßnahmen zur Beendigung der Massentierhaltung Die Massentierhaltung verursacht großes Tierleid, Umweltzerstörung und gesundheitliche Risiken. Tiere werden in beengten und grausamen Bedingungen gehalten. Die Massentierhaltung trägt zur Klimakrise bei, verschwendet Ressourcen und verursacht durch hohen Antibiotikaeinsatz gefährliche Resistenzen. Zudem verschärft sie globale Ungerechtigkeiten, indem wertvolle Anbauflächen für Futtermittel statt für die menschliche Ernährung genutzt werden.

Verbot von Intensivtierhaltungen Intensivtierhaltungen wie Käfig-, Anbinde- und Kastenstandhaltung sowie andere nicht artgerechte Haltungsformen müssen verboten werden. Grausame Praktiken wie die Zwangsfütterung zur Stopfleberproduktion und Methoden, die Tiere körperlich und psychisch verletzen, müssen abgeschafft werden.

Schrittweiser Abbau der Tierbestände Ein schrittweiser Abbau der Tierbestände durch verbindliche Obergrenzen für Tierhaltungsbetriebe ist notwendig. Diese Betriebe sollen langfristig aufgelöst werden. Landwirt:innen müssen finanziell unterstützt und geschult werden, um auf pflanzliche Landwirtschaft umsteigen zu können.

Verbesserung der Lebensbedingungen Die Lebensbedingungen der verbleibenden Tiere müssen deutlich verbessert werden. Es müssen verpflichtende Standards für Auslaufmöglichkeiten, artgerechte Ernährung und Sozialkontakte eingeführt werden. Die tierärztliche Betreuung und regelmäßige Kontrollen müssen sichergestellt werden, um das Tierwohl zu gewährleisten.

Brandschutz in Tierhaltungsanlagen Es müssen Vorschriften für Fluchtwege, Evakuierungspläne, Löschwasserversorgung, Notstromaggregate und Ersatzlüftungsanlagen eingeführt werden. Elektrische Anlagen und Lüftungssysteme sollen regelmäßig, mindestens alle zwei Jahre, auf ihre Sicherheit geprüft werden. Ein verpflichtendes Alarmsystem soll bei Rauch- oder Feuerentwicklung sowie bei Ausfällen der Belüftung auslösen.

17.2 Agrarwende und Förderung nachhaltiger Alternativen

Förderung bio-veganer Landwirtschaft Landwirt:innen, die auf pflanzliche und ökologische Produktion umsteigen, sollen finanziell unterstützt und beraten werden. Staatliche Subventionen für die Fleisch- und Milchindustrie sollen abgeschafft und in pflanzliche Alternativen und innovative Technologien umgeleitet werden. Lokale Produzenten nachhaltiger und tierfreier Produkte sollen gezielt unterstützt werden, um regionale Kreisläufe zu stärken. Forschung und Entwicklung alternativer Technologien und Produktionsweisen sollen verstärkt gefördert werden.

17.3 Strengere Regulierung der Tierhaltung

Verpflichtendes Label Ein verpflichtendes Label soll die Haltungsbedingungen, den CO₂-Fußabdruck und die Umweltbelastung von Fleisch- und Milchprodukten deutlich machen.

Strenge Regularien sollen den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung drastisch reduzieren.

Verbot tierunfreundlicher Praktiken Praktiken wie die Bruder- oder Zweinutzung von Hühnern und der Import von Eiern und Eiprodukten aus Ländern, wo Kükentötung erlaubt ist, sollen verboten werden. Schmerzhaftes Eingriffe wie Kastrationen sollen nur von ausgebildeten Personen unter Narkose vorgenommen werden. Verstümmelungen wie Schwanzkupieren oder Schnabelkürzen sollen komplett verboten werden. Haltungssysteme sollen an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden.

Erhöhung der Platzanforderungen Die Platzanforderungen für Tiere in der Landwirtschaft sollen massiv erhöht werden, um artgerechte Bewegung und Verhaltensweisen zu ermöglichen. Anbindehaltung und Käfighaltung sollen abgeschafft werden. Ställe sollen strukturierte Flächen, Auslaufmöglichkeiten und natürliche Lichtquellen haben. Regelmäßige, unangekündigte Kontrollen durch Veterinärbehörden sind notwendig. Härtere Strafen für Tierquälerei, einschließlich drastischer Bußgelder und strafrechtlicher Verfolgung, sind unverzichtbar.

17.4 Klimaschutz und Umwelt

Reduktion von Emissionen Die Tierhaltung trägt massiv zum Klimawandel bei. Verpflichtende Maßnahmen zur Reduktion von Methan- und Ammoniakausstoß sind notwendig. Die Förderung pflanzlicher Ernährung soll als Beitrag zum Klimaschutz intensiviert werden. Keine weiteren Rodungen von Wäldern oder Zerstörung natürlicher Lebensräume für den Futtermittelanbau. Wiedervernässung von Mooren ist essenziell, um CO₂-Emissionen zu reduzieren und die Artenvielfalt zu erhalten.

17.5 Wirtschaftliche Transformation

Unterstützung von Landwirt:innen Landwirt:innen, die aus der Tierhaltung aussteigen möchten, sollen gezielte Unterstützung erhalten. Umschulungsprogramme und Existenzgründungshilfen sollen finanziert werden, um den Übergang zu tierfreien Produktionsweisen zu erleichtern. Arbeitsplätze in der Produktion und Vermarktung pflanzlicher Produkte sollen ausgebaut werden, um neue wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen.

17.6 Transparenz und Kennzeichnung

Klarheit und Verbot irreführender Werbung Tierprodukte sollen klar und transparent gekennzeichnet werden, besonders in Bezug auf Haltungsbedingungen, CO₂-Fußabdruck und Umweltbelastungen. Irreführende Werbung ist zu verbieten. Produkte aus Massentierhaltung dürfen nicht mit Begriffen wie „natürlich“ oder „nachhaltig“ beworben werden. Die Verwendung von Bildern glücklicher Tiere, die das tatsächliche Leid der Tiere verschleiern, soll untersagt werden.

18. Veganismus

18.1 Förderung pflanzlicher Alternativen Veganismus bietet eine Lösung für viele Probleme unserer Zeit. Eine pflanzliche Lebensweise reduziert Tierleid, schützt die Umwelt und trägt zur Gesundheit bei. Der Konsum tierischer Produkte ist ein Haupttreiber von Massentierhaltung, Klimawandel und Ressourcenverschwendung und steht im Zusammenhang mit Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes. Ein Wandel hin zu pflanzlicher Ernährung ist unverzichtbar.

Förderung pflanzlicher Alternativen Die finanzielle Unterstützung für die Produktion, Entwicklung und Vermarktung pflanzlicher Lebensmittel und tierfreier Produkte soll massiv ausgebaut werden. Ein staatlicher Innovationsfonds soll gezielt Forschung und Entwicklung im Bereich pflanzlicher Alternativen fördern. Ein verpflichtendes Labelsystem soll Transparenz hinsichtlich Herkunft, Produktion und Umweltfreundlichkeit von pflanzlichen Produkten schaffen.

18.2 Steuerliche Anreize und Preisgestaltung Die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel und Produkte soll deutlich gesenkt werden, während tierliche Produkte höher besteuert werden. Staatliche Subventionen für die Fleisch- und Milchindustrie sollen abgeschafft und die Mittel in die Förderung pflanzlicher Alternativen umgeleitet werden.

18.3 Bildung und Aufklärung Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen sollen das Bewusstsein für die Vorteile einer pflanzlichen Ernährung stärken. Schulprogramme sollen über die ethischen, ökologischen und gesundheitlichen Vorteile pflanzlicher Ernährung informieren. Öffentlichkeitskampagnen sollen über die Lebensbedürfnisse und Gefühle von Tieren, die positiven Auswirkungen pflanzlicher

Ernährung auf Gesundheit, Tierwohl und Umwelt und den Zusammenhang zwischen Tierhaltung, Klimawandel und Ernährungssicherheit aufklären.

18.4 Vegane Angebote im öffentlichen Raum Der Zugang zu veganen Angeboten im öffentlichen Raum muss gewährleistet werden. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und Kantinen sollen vegane Menüoptionen bereithalten. Kommunen, die pflanzliche Ernährung priorisieren, sollen gefördert werden. Die Gastronomie soll unterstützt werden, vegane Angebote zu erweitern.

18.5 Gesundheitsförderung Die Förderung veganer Ernährung als Präventionsmaßnahme ist wichtig für die öffentliche Gesundheit. Es bedarf umfassender Aufklärung über die gesundheitlichen Vorteile pflanzlicher Ernährung, insbesondere zur Prävention von Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs. Forschung zur gesundheitlichen Wirkung pflanzlicher Ernährung und zur Entwicklung nährstoffreicher veganer Produkte soll verstärkt unterstützt werden.

19. Versorgung von Haustieren

19.1 Haustiere

Förderung verantwortungsvoller Haustierhaltung Die Förderung verantwortungsvoller Haustierhaltung ist wichtig, um Fehlhaltung und Aussetzungen zu vermeiden. Aufklärungskampagnen sollen die Bedürfnisse von Haustieren bekannt machen. Tiere sind fühlende Lebewesen und keine Konsumgüter. Tierliebe und kompetente Menschen sollen motiviert werden, Tiere aus Tierheimen oder dem Tierschutz zu adoptieren. Der Handel mit Wildtieren, besonders exotischen Arten, soll verboten werden. Vor der Anschaffung von Haustieren sollen verpflichtende Tierhaltungskurse eingeführt werden. Einkommensschwache Tierhalter:innen sollen Unterstützung für die medizinische Grundversorgung ihrer Haustiere erhalten.

19.2 Domestizierte Tiere

Kastrations- und Kennzeichnungspflicht Um freilaufende Katzenpopulationen zu regulieren, soll eine bundesweite Kastrations- und Kennzeichnungspflicht eingeführt werden. Betreute Futterstellen für Straßenkatzen sollen eingerichtet werden. Rettungsprogramme für heimatlose Tiere und Pflegestellen sollen staatlich unterstützt werden. Domestizierte Wasservögel in Städten brauchen artgerechte Lebensräume. Die Pflege und Versorgung von Stadttauben soll durch

staatliche Finanzierung für Taubenschutzvereine gewährleistet werden.

19.3 Besondere Schutzmaßnahmen

Krisenfonds und Schulungen In Krisensituationen soll ein Krisenfonds für die Rettung und Versorgung von Tieren eingerichtet werden. Personen, die Haustiere für soziale Zwecke einsetzen, sollen Schulungen zur tiergerechten Haltung absolvieren. Der Verkauf von Tieren auf Online-Plattformen soll verboten werden. Ein System zur Registrierung und Kennzeichnung aller Haustiere ist erforderlich. Die Bußgelder bei Misshandlung von Tieren sollen erhöht und strafrechtliche Konsequenzen bei Vernachlässigung eingeführt werden. Bildungsprogramme sollen den respektvollen Umgang mit Tieren fördern. Die Strafen für Tierquälerei und Missbrauch sollen verschärft und die Überwachung durch Veterinärämter intensiviert werden.

19.4 Tierheime

Finanzielle Unterstützung Die finanzielle Unterstützung für Tierheime muss dauerhaft gesichert werden. Verbindliche nationale Qualitätsstandards für Tierheime sollen eingeführt werden, um eine artgerechte Unterbringung und Versorgung sicherzustellen. Die Vermittlung von Tieren durch nationale Plattformen soll unterstützt und Aufklärungskampagnen gegen den Kauf von Tieren aus unkontrollierten Zuchten gefördert werden.

19.5 Tierärztliche Versorgung

Flächendeckende Versorgung Eine flächendeckende tierärztliche Versorgung, besonders in ländlichen Regionen, soll durch finanzielle Anreize und Förderprogramme sichergestellt werden. Ein staatlicher Fonds soll die tierärztliche Versorgung von Tieren in Tierheimen oder aus einkommensschwachen Haushalten gewährleisten. Die Spezialisierung auf Tierschutzmedizin und die Ausbildung tierärztlicher Fachkräfte sollen gefördert werden. Moderne, tierschonende Verfahren sollen in der tierärztlichen Praxis verpflichtend angewendet werden.

20. Jagd und Wildtiere

20.1 Reform des Jagdrechts

Kritik an der Jagd Traditionelle Jagdpraktiken, besonders die Hobbyjagd, stehen in der Kritik, da sie ethische Grundsätze verletzen und das ökologische Gleichgewicht gefährden. Wildtiere sind wichtig für die Ökosysteme und den Klimaschutz. Die Tierschutzpartei setzt sich für eine Reform des Jagdrechts ein, um Wildtiere zu schützen und die natürliche Balance zu erhalten.

Abschaffung der Hobbyjagd Die Hobbyjagd soll abgeschafft werden, da sie oft auf Trophäensammeln abzielt und weder ethisch noch ökologisch vertretbar ist. Stattdessen fordern wir ein wissenschaftlich fundiertes Wildtiermanagement, das auf nicht-tödlichen Methoden basiert. Grausame Jagdmethoden wie Drück- oder Treibjagden, Baujagd, Fallenjagd, Fanggatter, Totschlagfallen und der Einsatz von Schrotmunition sollen verboten werden.

Verbot von Schliefenanlagen Schliefenanlagen, in denen Jagdhunde auf das Hetzen von Füchsen oder anderen Tieren trainiert werden, sollen verboten werden. Langfristig streben wir die vollständige Abschaffung der Jagd an. Stattdessen wollen wir ein Wildtiermanagement fördern, das auf nicht-tödliche Ansätze setzt.

20.2 Schutz von Wildtieren

Regulierung von Eingriffen Der Schutz von Wildtieren erfordert strenge Regularien, um Eingriffe in ihre Lebensräume zu minimieren. Bauprojekte und andere menschliche Aktivitäten sollen so reguliert werden, dass natürliche Lebensräume bewahrt bleiben. Der Ausbau von Wildtierkorridoren ist wichtig, um die Zerschneidung von Lebensräumen zu verhindern.

Verbot der Jagd auf bedrohte Arten Die Jagd auf bedrohte und geschützte Tierarten wie Wildkatzen, Greifvögel, Wölfe und Biber soll verboten werden. Der Abschuss von Wölfen unter dem Vorwand des Herdenschutzes soll gestoppt werden.

Wildtierrettung Es soll eine gesetzliche Pflicht zur Wildtierrettung bei Verkehrsunfällen und bei der Ernte geben. Moderne Technologien sollen genutzt werden, um Wildtiere vor Verletzungen durch landwirtschaftliche Maschinen zu schützen. Der Einsatz von Mährobotern während der Nacht soll verboten werden.

Förderung von Herdenschutzmaßnahmen Tierfreundliche Herdenschutzmaßnahmen wie Zäune oder Herdenschutzhunde sollen stärker gefördert werden, um Konflikte zwischen Wildtieren und der Landwirtschaft zu minimieren. Eine nachhaltige Landwirtschaft soll den menschlichen Druck auf Wildtierlebensräume verringern.

20.3 Bekämpfung der Wilderei

Härtere Strafen Die Bekämpfung der Wilderei erfordert härtere Strafen und die konsequente strafrechtliche Verfolgung bei illegaler Jagd und Tierhandel. Internationale Kooperationen zur Eindämmung des illegalen Handels mit Wildtieren sollen gestärkt werden.

21. Tierversuche

21.1 Zukunft der Forschung

Abschaffung von Tierversuchen Tierversuche sind ethisch unvertretbar und oft nicht auf den Menschen übertragbar. Sie verursachen großes Leid und behindern die Entwicklung moderner Alternativen. Wir fordern ein vollständiges Verbot von Tierversuchen in allen Bereichen, einschließlich Forschung, Pharmazie, Kosmetik und mehr. Alle Ausnahmeregelungen in den nationalen und europäischen Gesetzgebungen müssen abgeschafft werden.

21.2 Förderung und Priorisierung tierversuchsfreier Methoden

Entwicklung moderner Testverfahren Die Entwicklung und Anwendung tierversuchsfreier Alternativen hat höchste Priorität. Forschungszentren, die solche Methoden entwickeln, sollen finanziell unterstützt werden. Bestehende Alternativmethoden müssen verpflichtend angewendet werden. Eine EU-weite Harmonisierung der Zulassung alternativer Methoden ist notwendig.

21.3 Einrichtung unabhängiger Kontrollinstanzen

Überwachung und Rechenschaft Eine neutrale Behörde soll zur Überwachung der Umsetzung tierversuchsfreier Alternativen eingerichtet werden. Transparenzregeln sollen eingeführt werden, die regelmäßige Berichte über Tierversuche vorschreiben.

21.4 Transparenz und Kontrolle

Veröffentlichung von Tierversuchsberichten Alle

Tierversuchsberichte müssen veröffentlicht werden, einschließlich der Belastungen für die Tiere und der erzielten Ergebnisse.

Unangekündigte Inspektionen in Forschungseinrichtungen sollen regelmäßig durchgeführt werden.

21.5 Bildung und Aufklärung

Informationskampagnen Um das Bewusstsein für die Problematik von Tierversuchen zu schärfen, sind Informationskampagnen erforderlich. Tierversuchsfreie Bildung muss in Schulen, Hochschulen und der beruflichen Ausbildung gefördert werden.

Wissenschaftler:innen und Entscheidungsträger:innen sollen Schulungen erhalten.

21.6 Staatliche Förderprogramme

Förderung tierversuchsfreier Forschung Die finanzielle Unterstützung für die Forschung an Alternativen wie Organ-on-Chip-Technologien, Computermodellen und In-vitro-Methoden muss erhöht werden. Der ethisch nicht vertretbaren Forschung an Tieren sind alle staatlichen Fördermittel zu entziehen. Innovationswettbewerbe sollen eingerichtet werden.

21.7 Internationale Zusammenarbeit

Globale Standards Internationale Gremien wie die OECD oder die WHO sollen stärker in die Förderung tierversuchsfreier Technologien eingebunden werden. Ein globales Netzwerk zur Verbreitung dieser Technologien soll aufgebaut werden.

21.8 Stopp des Imports von tierversuchsbasierten Produkten

Importverbot Der Import und Verkauf von Produkten, die mithilfe von Tierversuchen getestet wurden, muss vollständig verboten werden, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der EU hergestellt wurden.

21.9 Schaffung eines Tierschutzartikels in der Verfassung

Verbot von Tierversuchen im Grundgesetz Ein explizites Verbot von Tierversuchen muss im Grundgesetz verankert werden, um eine tierversuchsfreie Gesellschaft zu schaffen.

21.10 Zusammensetzung von Tierversuchskommissionen

Paritätische Besetzung Die Ethikkommissionen, die über Tierversuchsanträge entscheiden, müssen paritätisch besetzt sein. Tierschutzvertreter:innen und Wissenschaftsvertreter:innen sollen gleichmäßig vertreten sein, um eine faire Bewertung der Anträge sicherzustellen. Interessenkonflikte sollen ausgeschlossen werden, indem Mitglieder der Kommission keine beruflichen Tätigkeiten im Bereich Tierversuche ausüben dürfen.

22. Tiertransporte

22.1 Verbot von Langstreckentransporten

Grausame Praxis Tiertransporte gehören zu den grausamsten Praktiken in der Tierhaltung und sind eine enorme Belastung für die Tiere. Jedes Jahr werden Millionen Tiere unter schlechten Bedingungen über lange Strecken transportiert. Sie sind extremer Hitze, Kälte, Enge, Hunger und Durst ausgesetzt, was Leid und Tod verursacht. Diese Praxis widerspricht den Prinzipien des Tierschutzes.

Begrenzung der Transportdauer Kurzfristig soll die maximale Transportdauer auf zwei Stunden begrenzt werden, um die Belastung für die Tiere zu minimieren. Lebewesenexporte in Drittstaaten, die keine tierschutzgerechten Standards einhalten, sollen vollständig verboten werden. Langfristig sollen Langstreckenexporte ganz verboten werden.

22.2 Strengere Kontrollen und Transparenz

Überwachungssystem Ein digitales Überwachungssystem mit GPS-Tracking und Videoüberwachung soll eingeführt werden, um die Einhaltung von Vorschriften während der Transporte sicherzustellen. Die Kontrollinstanzen sollen durch mehr Personal gestärkt werden, um regelmäßige Überprüfungen zu gewährleisten. Datenbanken sollen genutzt werden, um tierschutzrechtliche Verstöße zu dokumentieren.

22.3 Subventionen

Abschaffung staatlicher Gelder Staatliche oder EU-Gelder sollen nicht länger für die Unterstützung von Lebedntiertransporten verwendet werden. Subventionen für diese Transporte sollen abgeschafft werden. Verstöße gegen Transportvorschriften sollen mit härteren Strafen geahndet werden, einschließlich deutlich erhöhter Geldstrafen und dem Entzug von Betriebserlaubnissen bei wiederholten Verstößen.

22.4 Verbesserung kurzfristiger Bedingungen

Verbindliche Standards Für die Dauer der Transporte sollen verbindliche Standards eingeführt werden, die angemessene Belüftung, Temperaturkontrolle, Wasser- und Futtermittellversorgung sowie ausreichende Bewegungsfreiheit sicherstellen. Transporte sollen nicht durchgeführt werden, wenn die Temperaturprognosen über 25 °C oder unter 5 °C liegen. Die Anzahl der transportierten Tiere soll begrenzt werden, um Überfüllung und Verletzungen zu vermeiden. Hochträchtige Tiere und nicht transportfähige Tiere sollen nicht transportiert werden. Nicht entwöhnte Jungtiere wie Kälber unter 12 Wochen oder Schweine unter 30 Tagen sollen ebenfalls von Transporten ausgeschlossen werden.

22.5 Langfristige Perspektive: Abschaffung der Tiernutzung

Grundlegende Agrarwende Langfristig ist eine grundlegende Agrarwende erforderlich, die die Nutzung von Tieren für die „Lebensmittel“produktion und Transporte überflüssig macht. Die Förderung pflanzlicher Alternativen muss im Mittelpunkt stehen, um eine tierfreundliche und nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren.

23. Tiere in der Unterhaltungsbranche und Zucht

23.1 Tiere in der Unterhaltungsbranche

23.1.1 Verbot der Nutzung von Tieren in Zirkussen und Shows Die Haltung und Nutzung von Tieren in Zirkussen und Shows soll vollständig verboten werden, da artgerechte Unterbringung in solchen Einrichtungen nicht gewährleistet werden kann. Übergangsregelungen, die Tieren bis zu ihrem Lebensende eine Zurschaustellung erlauben, sollen ersatzlos gestrichen werden.

23.1.2 Einführung von Überwachungssystemen Kamerasysteme sollen eingeführt werden, um tierschutzrelevante Vorgänge in Zirkussen und ähnlichen Betrieben zu dokumentieren. Das ermöglicht die Ahndung von Verstößen gegen Tierschutzstandards.

23.1.3 Schließung von Zoos und Aquarien ohne Artenschutzrelevanz Langfristig sollen Zoos und Aquarien, die keine essenzielle Rolle im Artenschutz spielen, geschlossen werden. Diese Einrichtungen sollen durch tierfreie Alternativen wie virtuelle Zoos und interaktive Bildungsplattformen ersetzt werden.

23.1.4 Verbot traditioneller Tierquälereien Traditionelle Unterhaltungsformen wie Stierkämpfe, Gänsestopfleberproduktion oder Rodeos, die auf Tierleid basieren, sollen weltweit geächtet werden.

23.1.5 Einschränkung der Darstellung von Tieren in Medien Die Darstellung von Tieren in Filmen und Werbung soll untersagt werden, wenn sie Leid oder unnatürliche Situationen darstellen.

23.2 Tiere in der Zucht

23.2.1 Verbot von Qualzuchten Die Zucht von Tieren soll strikt reguliert und tierschutzwidrige Praktiken vollständig verboten werden. Qualzuchten, bei denen Tiere aufgrund äußerlicher Merkmale gesundheitliche Schäden erleiden, sollen untersagt werden. Tiere mit Qualzuchtmerkmalen sollen weder zur Schau gestellt noch für Werbezwecke verwendet werden.

23.2.2 Verstärkte Überwachung bestehender Zuchtbetriebe Die Überwachung bestehender Zuchtbetriebe soll verstärkt werden, um Verstöße gegen das Qualzuchtverbot zu verhindern.

23.2.3 Verbot von Hybridzuchten Die Zucht von Hybriden, besonders Kreuzungen zwischen Wildtieren und Haustieren wie Wolf-Hund-Hybriden, soll vollständig verboten werden. Natürlich gezeugte Hybriden sollen streng geschützt werden und dürfen nicht getötet werden.

23.2.4 Import- und Handelsverbot gezüchteter Tiere Der Import und Handel gezüchteter Tiere, besonders aus Ländern mit niedrigen Tierschutzstandards, soll gestoppt werden. Diese Maßnahme ist essenziell, um Tierleid international zu bekämpfen und den Fokus auf artgerechte Alternativen zu lenken.

24. Verbot der Pelzindustrie

24.1 Schließung der Pelzfarmen

Die Produktion von Pelzen in Pelzfarmen ist mit großem Tierleid verbunden. Tiere wie Nerze, Füchse, Waschbären, Hunde und Katzen werden in engen Käfigen gehalten und auf brutale Weise getötet. Die Tierschutzpartei fordert die dauerhafte Schließung aller Pelzfarmen in Deutschland und ein Verbot der Haltung und Zucht von Tieren zur Pelzgewinnung.

24.2 Import- und Handelsverbot

Der Import und Handel von Pelzen oder Pelzprodukten aus Ländern, in denen Pelzfarmen betrieben werden, muss verboten werden. Dieses Verbot ist notwendig, um die Nachfrage nach Pelzprodukten zu reduzieren und internationale Tierquälerei nicht zu unterstützen.

24.3 Schutz der Verbraucher:innen vor Täuschung

Verbraucher:innen müssen vor irreführender Werbung und falscher Kennzeichnung geschützt werden. Echtpelz darf nicht als Kunstpelz deklariert werden. Die Verwendung von Begriffen wie „tierfreundlich“ oder „nachhaltig“ für Pelzprodukte ist ebenfalls zu untersagen, da sie die tatsächlichen Produktionsbedingungen verschleiern.

24.4 Aufklärungskampagnen

Verstärkte Informationskampagnen sind notwendig, um das Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Diese sollen über die grausamen Methoden in der Pelzproduktion aufklären, wie die Tötung durch Analsonden oder das Häuten bei lebendigem Leib. Die Öffentlichkeit muss über die ethischen und ökologischen Folgen des Pelzkonsums informiert werden.

24.5 Gründe für ein Pelzverbot

Ein Verbot der Pelzindustrie ist aus mehreren Gründen unerlässlich. Pelztiere leiden unter den Haltungsbedingungen und Tötungsmethoden in Pelzfarmen. Die Pelzproduktion hat negative Auswirkungen auf die Umwelt durch den Einsatz chemischer Substanzen bei der Verarbeitung. Diese schädigen die Natur und die menschliche Gesundheit. In einer modernen Gesellschaft mit zahlreichen tierfreien Alternativen ist die Nutzung von Pelzen ethisch

nicht vertretbar. Ein Verbot ist daher ein notwendiger Schritt, um Tierschutz, Umweltschutz und ethische Grundsätze umzusetzen.